SSOAR

Open Access Repository
www.ssoar.info

Familiale und gesellschaftliche Arbeitsteilung: ein europäischer Vergleich

Garhammer, Manfred

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:
Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:
Garhammer, M. (1997). Familiale und gesellschaftliche Arbeitsteilung: ein europäischer Vergleich. *Zeitschrift für Familienforschung*, *9*(1), 28-71. https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-291723

Nutzungsbedingungen:
Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de

Terms of use:
This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see: https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0

gesis Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

Zeitschrift für Familienforschung, 9, 1997, 1, 28-70

Familiale und gesellschaftliche Arbeitsteilung - ein europäischer Vergleich

Manfred Garhammer

Zusammenfassung

Zieht man ein Resümee über die Forschungsdiskussion über die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau, fällt ein Mißverhältnis zwischen ihrem empirischen und theoretischen Ertrag auf. Sofern sich die Autoren überhaupt auf Theorien beziehen, setzen sie häufig an den Entscheidungen auf der Mikroebene des individuellen Akteurs oder Paars an. Die Herkunft von deren Voraussetzungen aus der Makroebene wird ausgeblendet. Demgegenüber wird hier eine Mehrebenenperspektive gewählt, die sozialstrukturelle und kulturelle Prägungen und Restriktionen für Entscheidungen einbezieht. Der Vergleich europäischer Länder soll deutlich machen, wie institutionelle und kulturelle Rahmenbedingungen zu Präferenzen für bestimmte familiäre Arrangements der Arbeitsteilung führen, andere dagegen blockieren. Die Leitbilder darüber, welche gesellschaftliche Integration der Frauen legitim ist (über bezahlte und/oder Familienarbeit, über Voll- oder Teilzeitarbeit), sind in Institutionen der Sozial- und Familienpolitik, der Kinderbetreuung und des Erwerbslebens objektiviert. Die Arbeitsteilung zwischen gesellschaftlichen Institutionen und der Familie entscheidet mit über die Arbeitsteilung im Binnenraum der Familie.

Auf Grundlage dieser Vorüberlegungen werden Deutschland, Großbritannien, Schweden und Spanien verglichen. Zunächst werden Gemeinsamkeiten der Lebensformen und -verläufe beschrieben. Danach wird skizziert, wie sich die Teilung der bezahlten Arbeit zwischen den Geschlechtern verändert hat. Die Arbeitszeitregimes sowie die Verfügbarkeit von familienergänzender Kinderbetreuung und anderer externer Ressourcen, die die Frau unabhängig von Mann und Ehe machen, unterscheidet die Integrationsmodelle in Europa. Jedoch sind die ursprünglich in Europa voneinander abgehobenen Regimes mit ihrer Unterordnung unter den Primat der europäischen Währung auf dem Weg der Konvergenz. Damit wird

einerseits berufliche Arbeit für Frauen selbstverständlicher, andererseits entwikkeln sich die Umweltbedingungen gegen die Familien und Frauen.

Im zweiten Teil wird die Beteiligung von Männern an der Familienarbeit mit aktuellen europäischen, auch eigenen Zeitbudgetuntersuchungen beschrieben. Untersucht wird, ob zunehmende Frauenerwerbstätigkeit eine Verlagerung unbezahlter Arbeit auf den Mann nach sich zieht. Bislang fehlt es in der Literatur an vergleichbaren Zeitreihen. Mit den bis in das Jahr 1996 reichenden Vergleichen ist die vorsichtige Aussage möglich, daß der soziale Wandel der Arbeitsrollen in Richtung Gleichverteilung, aber keineswegs in Richtung einer Freizeitgesellschaft verläuft. Vielmehr wird die Gesamtbelastung mit bezahlter und unbezahlter Arbeit auch aufgrund der Verschiebung von bislang öffentlichen Aufgaben auf private Haushalte für beide Geschlechter eher höher. Überall in Europa zeigt sich zudem im Vergleich von Familien gegenüber kinderlosen Paaren eine Retraditionalisierung der Arbeitsteilung. In dieser Dimension liegen die Länder, die im Fall der kinderlosen Paare auseinander liegen, sehr nah zusammen: Bis auf die Ausnahme von Schweden übernimmt der Vater etwa halb so viel Familienarbeit wie die Mutter.

Schlagworte: Familiale Arbeitsteilung, Europa, Zeibudgetuntersuchung, Integrationsmodelle, Frauenerwerbsbeteiligung

Abstract

Recapitulating the research discussion on the division of labour between man and woman, you notice a discrepancy between its empirical and theoretical output. If the authors refer to theories at all, they often start by referring to decisions at the micro level of the individual actor or couple. The origin of the conditions arising from the macro level frequently is left aside. Compared with those views this paper is taking a multi-level-perspective including socio-structural and cultural styling and restraints on decisions. By comparing some European countries this paper elucidates how institutional and cultural general set-ups lead to preferences on certain arrangements in families concerning the division of labour and how these set-ups block other options. The models guiding which kind of social integration of women is legitimate (via paid and/or family work, via full time or part time employment), are materialised in institutions of social and family policies, of child care and work life. The division of labour between the institutions of society and family determine the division of labour within the family itself.

Based on those considerations this paper compares Germany, UK, Sweden and Spain. First, the common features of the ways of life and courses of life are described. Then the change in the sexual division of paid work is summarized. The regimes of working hours and the availability of child care institutions and other external resources, is the main criterion differentiating „models of integration" in Europe. Yet the regimes which have formerly been distinguishable clearly are well underway to converging due to the prerequisites of the European currency. So labour force participation is getting more natural for women, on the other hand there are social environmental conditions evolving against families and women.

The second section of this paper investigates the participation of men in family work on the base of recent European time budget studies including own data. The question is whether growing labour force participation of women is leading to a shift of unpaid work towards men. There has been lack of comparable time series up to now. Using data up to 1996 the cautious judgement is formed that social change of working roles leads towards equal participation but not at all towards a leisure society. On the contrary the total burden of paid and unpaid labour for both sexes is increasing also on account of the shift of services formerly done by the state towards private households. Additionally, all over Europe you find a re-traditionalisation regarding the division of labour in families contrasting to couples without children. Nations, which differentiate considering couples without children, converge regarding families: The father takes on half of the family work the mother performs, with the exception of Sweden.

Keywords: Division of labour, families in Europe, budget estimates of time, models of integration, women´s participation in work

Die Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau in der Familie ist nur auf dem Hintergrund der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der Allokation verschiedener Arten von Arbeit (Hausarbeit, Familienarbeit, Erwerbsarbeit) auf verschiedene gesellschaftliche Träger zu verstehen und zu erklären. Diese Einsicht, die die Klassiker der Soziologie geleitet hat, ist in vielen einschlägigen Ansätzen heute nicht mehr präsent. Ende des letzten Jahrhunderts erschienen fast zeitgleich zwei Klassiker, die bei allen Gegensätzen diese Perspektive auf die Familie vom Standpunkt der "Teilung der sozialen Arbeit" gemeinsam hatten: Durkheim 1893 sah die Geschlechterarbeitsteilung als Modell für organische Solidarität in der Gesamtgesellschaft (1977, 96f.). Engels arbeitete den Zusammenhang zwischen der Privatisierung eines Teils der gesellschaftlichen Arbeit und der ökonomischen Unterdrük-

kung der Frau in der entstehenden bürgerlichen Gesellschaft heraus: "Die Führung des Haushalts verlor ihren gesellschaftlichen Charakter. Sie ging die Gesellschaft nichts mehr an. Sie wurde ein Privatdienst; die Frau wurde erste Dienstbotin, aus der Teilnahme an der gesellschaftlichen Produktion verdrängt" (1975, 212).

Das Verhältnis zwischen der Arbeitsteilung der Geschlechter in der familialen und der gesellschaftlichen Arbeit war seit Engels´ Arbeit 1892 Gegenstand verschiedener konflikttheoretischer Ansätze. Insbesondere die Frauenforschung betonte die Wechselwirkung zwischen der Stellung der Frau in der Familie und auf dem Arbeitsmarkt: Ihre Segregation in Einkommen und beruflichem Status verstärkt die traditionelle Arbeitsteilung in der Familie. Umgekehrt verhindert die Ausbildung der Geschlechtercharaktere durch die Familie ihre volle berufliche Partizipation. So viele Befunde für diese Interdependenz sprechen, so umstritten ist deren feministische Interpretation als Mechanismus zur Aufrechterhaltung des Patriarchats (etwa bei Schunter-Kleemann, 1994, 198).

Aus der Sicht von Differenzierungstheorien werden die gleichen Befunde als Resultat der institutionellen Ausdifferenzierung der modernen Gesellschaft mit eigenständigen Funktionslogiken gedeutet (Fürstenberg, 1995, 205). In den letzten Jahren haben diese Theorien (Luhmann, 1988; Tyrell, 1988) frühere strukturfunktionalistische Ansätze in den Hintergrund gedrängt. Kaufmann hat 1990 den Topos der "strukturellen Rücksichtslosigkeit" der Berufswelt gegenüber der Familie geprägt, andere Autoren konstatieren eine "Entfamilialisierung" der Wirtschaft und "Privatisierung" der Familie. Auch diese Sichtweise blendet jedoch wichtige Aspekte aus:

- In der funktionalistischen Tradition wird selten thematisiert, daß das Zustandekommen der Arbeitsteilung in der Familie und im gesellschaftlichen Diskurs eine Machtfrage ist; wenn doch, dann wird Konflikt als dysfunktional betrachtet (kritisch dazu: Gelles, 1995, 43).

- Die Differenzierung in Subsysteme wird in der systemtheoretischen Tradition unkritisch als Mechanismus der Leistungssteigerung gesehen, die Probleme, die durch die Verselbständigung entstehen, übersehen.

- Während Parsons in seinem AGIL-Schema noch eine Höherrangigkeit der Teilsysteme von Kultur bzw. Politik gegenüber der Wirtschaft behauptete, wird die

Vorstellung einer Rangordnung im modernen systemtheoretischen Denken durch die einer horizontalen funktionalen Ausdifferenzierung ersetzt (kritisch dazu: Münch, 1995): Das Sozialsystem Familie operiert ebenso mit Hilfe eines eigenständigen "semantischen Codes" wie die Wirtschaft. Damit kann jedoch die augenfällige Unterordnung von familiären Bedürfnissen unter Notwendigkeiten des Erwerbssystems nicht hinreichend erklärt werden. Dagegen wird in diesem Beitrag die anhaltende Dominanz des ökonomischen Subsystems zugrundegelegt.

2. Der europäische Vergleich - eine neue Perspektive im Forschungsfeld

Der europäische Vergleich ist eine Perspektive, die dabei hilfreich ist, den Einfluß makrostruktureller und kultureller Rahmenbedingungen für familiäre Entscheidungen aufzudecken: Wie Männer und Frauen ihre berufliche und damit zusammenhängend die Familienarbeit auf der Mikroebene teilen, hängt von solchen Kontextfaktoren ab, die in der Europäischen Union von Land zu Land variieren. Diese Forschungsrichtung, die mit dem Zusammenwachsen Europas immer wichtiger wird, steht erst am Anfang: Alwin et al. (1992), Schunter-Kleemann (1993, 1994), Pfau-Effinger (1994, 1996), Ostner & Aila-Leena (1996), Künzler (1994) haben Beiträge vorgelegt. An anderer Stelle wurden vom Autor in einem intranationalen Vergleich Muster der Teilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit klassifiziert (Garhammer, 1996). Dieser Beitrag führt dies in einem internationalen Vergleich von EU-Ländern fort: Darin werden, aufbauend auf den Ansatz von Esping-Andersen, "Wohlfahrtsregimes" unterschieden. Die damit zusammenhängenden "Integrationsmodelle" (Pfau-Effinger, 1994) enthalten Arrangements über die jeweils gesellschaftlich gewünschte familiale Lebensform und Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern. Dies spiegelt sich in national unterschiedlichen Einstellungen zur Berufsarbeit von Frauen wieder. Die Leitbilder darüber, welche Art der gesellschaftlichen Integration der Frauen legitim ist (über bezahlte und/oder Familienarbeit, über Vollzeit- oder Teilzeitarbeit), sind in Institutionen der Familienpolitik, der Kinderbetreuung und des Erwerbslebens objektiviert.

Auf Grundlage dieser Vorüberlegungen werden europäische Länder ausgewählt, neben Deutschland Großbritannien, Schweden und Spanien und fallweise die Niederlande, vor allem deswegen, weil sie in der Literatur als Fallbeispiele für "Wohlfahrtsregimes" und "Integrationsmodelle" diskutiert wurden. Zunächst werden Gemeinsamkeiten in der Entwicklung der familialen Lebensformen und -verläufe beschrieben. Danach wird skizziert, wie sich die Teilung der bezahlten Arbeit

zwischen den Geschlechtern verändert hat. Die nationalen Unterschiede hängen mit ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen zusammen, insbesondere mit den Regelungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Familienpolitik und Arbeitszeitregimes. Auch die Verfügbarkeit von familienergänzender Kinderbetreuung und anderer externer Ressourcen, die die Frau unabhängig von Mann und Ehe machen, unterscheidet die Integrationsmodelle in Europa.

3. Statistischer Überblick

3.1 Konvergenz der Familie in Europa

In den meisten Ländern der EU sind derzeit ähnlich gerichtete Wandlungsprozesse in den Lebensformen und -verläufen von Familien zu beobachten (vgl. Vaskovics, Garhammer, Schneider & Kabat vel Job, 1994; Rothenbacher, 1995; Lohkamp-Himmighofen, 1994; EUROSTAT 12/93, S. 39; Statistisches Bundesamt 1995c, 76ff.), die vor allem durch folgende Merkmale charakterisiert sind: eine geringere Heiratshäufigkeit von Ledigen und ein späteres Heiratsalter, mehr nichteheliche Lebensgemeinschaften, mehr Ehescheidungen, mehr Alleinerziehende, weniger Geburten und kleinere Familien.

Vergleicht man die Familienstrukturen und -verläufe in den 15 Ländern der EU (i.f. anhand von Daten für 1991, sofern nicht anders vermerkt), stellt man in vielen Dimensionen ausgehend von unterschiedlichen Ausgangsbedingungen eine Konvergenz fest. Das ökonomische, politische und soziale Zusammenwachsen in Europa durch parallele Prozesse der Modernisierung, Globalisierung und Europäisierung (vgl. Giddens, 1995; Bornschier, 1993; Münch, 1993; Garhammer, 1997) betrifft nicht nur das Wohlfahrtsregime dieser Gesellschaften, sondern auch das Zusammenleben und die Arbeitsteilung der Geschlechter und Generationen (Gershuny, 1993, 583). In der globalisierten Moderne sind nationale Sonderwege die Ausnahme (vgl. Hradil, 1992, 55). Nach der Sicht der Daten läßt sich die davon abweichende These von Rothenbacher (1995) einer Sukzession von anfänglicher Konvergenz und anschließender Divergenz in Europa für die meisten Dimensionen nicht nachvollziehen.

Die Konvergenz betrifft zunächst Größe und soziale Zusammensetzung der Haushalte. Rothenbacher 1995 stellt hier ein Nord-Süd-Gefälle in der "Modernität" des Familienlebens fest. Die südeuropäischen Länder holen jedoch u.a. aufgrund des Rückgangs der landwirtschaftlichen Produktion die Entwicklung zur Verkleine-

rung der Haushalte nach. Der europaweit geringe Anteil von Mehrgenerationenhaushalten (2-15%) unterscheidet die EU-Staaten vom abweichenden Muster des modernen Industriestaats Japan mit einem Anteil von 15-20% (ebd.). Damit werden auch die primären unterstützenden Netze für die Kinderbetreuung erwerbstätiger Mütter geschwächt.

Tabelle 1: Unterschiedliche Lebensformen im europäischen Vergleich 1991. Anteile in Prozent der befragten Erwachsenen

	Schweden 1990	Deutschland Mikrozensus 1991	Großbritannien 1991	Niederlande 1990
Paare ohne Kind (zusammen wohnend)	53,5	38,3	39,2	36,1
Paare mit Kind(ern)	38,0	50,7	47,2	53,7
Alleinerziehende	8,5	11,0	13,5	10,1
	100	100	99,9	99,9
N	2.183	21.894	15.981	3.837

Eig. Ber. nach EUROSTAT Jahrbuch 1995, 44. (Für Großbritannien weichen die Angaben von EUROSTAT und Rothenbacher über kinderlose Paare voneinander ab.)

Seit den sechziger Jahren nimmt in der EU der Anteil kinderloser Ehepaare zu, am höchsten ist er in Dänemark (5f.) sowie in Schweden. Dieser Querschnittsvergleich erlaubt jedoch keine Aussagen über die dauerhafte Kinderlosigkeit dieser Paare. Aussagekräftiger dafür ist die zusammengefaßte Geburtenziffer[4], die im EU15-Durchschnitt im Jahr 1995 1,5 Kinder betrug. Darunter liegen Spanien (1,2) und Deutschland (1,3), darüber Großbritannien (1,7) und Schweden (1,9) (Baratta, 1996, 699ff.). Ähnliche Relationen gelten für die endgültige Kinderzahl der 1958 geborenen Frauenkohorten. Im Unterschied zu manchem Vorurteil sind die skandinavischen Frauen also geburtenstärker, die südeuropäischen und deutschen nicht so geburtenstark wie der europäische Durchschnitt. Die relativ großen Haushalte in Spanien kommen weniger durch Kinderreichtum, sondern durch die Persistenz erweiterter Familien zustande.

[4] In Zusammenhang mit der Geburtenrate steht das durchschnittliche Alter der gebärenden Frauen: 1991 lag es in der EG12 bei 28,3 Jahren: Niederlande (29,5), Spanien (29,0) und Italien (29,2) sowie Schweden (28,7) lagen darüber, Deutschland knapp darunter (27,8) (Neubauer, 1994).

In Schweden wird bereits jedes zweite Baby nichtehelich geboren. Der EG12-Schnitt beträgt 20%, darunter liegen Deutschland (15%) und stärker noch Spanien (11%) (Neubauer, 1994, 52). In Deutschland, Großbritannien und den Niederlanden heiraten nichtehelich zusammen lebende Partner meist beim Übergang zur Elternschaft. Die Differenz zu Skandinavien resultiert vor allem aus familienpolitischen Rahmenbedingungen: Das deutsche Kindschafts- und Steuerrecht orientiert Eltern nach wie vor auf die Ehe, in den nordischen Ländern hat die Familienpolitik dem Wandel der Lebensformen eher Rechnung getragen. Schunter-Kleemann hat deshalb für Deutschland und ähnliche Länder den Typus des "ehebezogenen Patriarchalismus" geprägt (1994, 199).

Der Rückgang des Anteils von Kernfamilien an allen Eltern-Kind-Gemeinschaften entspricht der Zunahme der Alleinerziehenden in den 80er Jahren (Rothenbacher, 1995, 5). Ihr Anteil liegt in Ostdeutschland traditionell höher als in Westdeutschland: 15% waren es dort 1993. Zum Vergleich: In den USA ist es in der schwarzen Bevölkerung über die Hälfte. Herausragend in Europa ist Großbritannien[5]: Der Anteil der Alleinerziehenden ist hier von 1981 bis 1991 nochmals um 5% gewachsen. Das Land nimmt nach Österreich einen europäischen Spitzenplatz ein und liegt vor den skandinavischen Ländern. Schweden und die Niederlande liegen im mittleren Bereich der europäischen Skala (von 5% bis 15%). Entsprechend ist in Schweden das Zusammenleben von Müttern in nichtehelichen Lebensgemeinschaften stärker verbreitet.

Männer haben nur äußerst selten die Last des Alleinerziehens zu tragen. Für die alleinerziehenden geschiedenen oder getrennt lebenden Frauen, die in den EU-Ländern häufig in Armut leben, fehlen adäquate Instrumente: Die Familienpolitik bevorzugt auf Basis des klassischen Familienleitbilds alleinerziehende Witwen (Neubauer, 1994, 20).

In der Heiratsneigung (Eheschließungen je 1.000 Einwohner) nahmen Großbritannien (6,1) und die Niederlande (5,8) Spitzenränge ein, gefolgt von Deutschland mit 5,5 (EG12: 5,3). Das nichteheliche Zusammenleben wird in vielen EU-Ländern zunehmend gesellschaftlich legitim (vgl. Vaskovics & Rupp, 1996) - eine Ausnahme bilden die südeuropäischen Länder und Irland. Insbesondere in Schweden (3,9 pro 1.000 Einwohner) gibt es seit den sechziger Jahren immer mehr junge Men-

[5] Nach Neubauer 1994 (14) und ihren Datenquellen von 1989ff ist allerdings Dänemark mit 22% Anteil (Kinder ohne Altersgrenze) der EG-Spitzenreiter.

schen, die dauerhaft nicht ehelich zusammen leben. Die Ehe wird durch das Substitut der nicht ehelichen Lebensgemeinschaft ersetzt. Kein anderes Element der schwedischen Gesellschaft hat einen solch radikalen Wandel erlebt (Popenoe, 1988).

In der Scheidungsneigung (Scheidungen je 1.000 Einwohner) stehen Großbritannien (3,0) und Schweden (2,5) vorne, gefolgt von den Niederlanden (2,0) und Deutschland (1,7), Spanien repräsentiert das katholische südeuropäische Muster (0,7) (EG12: 1,6) (Rothenbacher, 1995).

3.2 Einstellungen zur Berufstätigkeit von Frauen und Müttern im Wandel

Das noch in den 60er Jahren in den meisten EG-Ländern vorherrschende Leitbild, wonach eine Mutter in die Familie und nicht in das Erwerbsleben gehört, ist weitgehend verschwunden. Zugespitzt ausgedrückt ist an die Stelle der alten eine neue Normalität getreten: Beruf und Familie werden in Politik und Öffentlichkeit und auch von der Bevölkerung als prinzipiell vereinbar gesehen. Der Einstellungswandel in Deutschland seit 1988 ist beträchtlich, dies belegt die Replikation der ISSP-Fragen 1994.[6]

Insbesondere die ostdeutschen Bürger stehen aufgrund ihrer Erfahrungen in der DDR der Erwerbstätigkeit von Müttern positiver gegenüber als Westdeutsche. In den neuen Bundesländern lag 1994 die Erwerbsbeteiligung der verheirateten Frauen trotz der enormen Verdrängungsprozesse noch bei 79%, d.h. etwa 22% höher als im Westen. Mit diesem Wert wird nahezu die schwedische Spitzenstellung in EU15 erreicht. Die Wiedervereinigung hat zu einer Anhebung der Erwerbsbeteiligung in den jüngeren Altersgruppen der Frauen und damit zu einer deutlichen Verschiebung innerhalb der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern beigetragen.

Weit mehr Deutsche als sechs Jahre vorher befürworteten 1994 Teilzeitarbeit von Müttern für die Phase, in der die Kinder noch nicht schulpflichtig oder in der Schule sind. Für den Fall, daß die Kinder ausgezogen sind, liegt der Anteil der Befürworter der Berufstätigkeit um ein Sechstel höher.[7] Für die Voreltern- bzw. empty-nest-

[6] Das International Social Survey Programme ist ein Fragenmodul, das in einigen europäischen Ländern und den USA jedes Jahr an Hand einer repräsentativen Bevölkerungsstichprobe erhoben wird (in Deutschland parallel zum ALLBUS).

[7] In den alten Ländern, für die der Vergleich zwischen 1988 und 1994 sinnvoll ist.

Phase hat eine Verschiebung auf der Einstellungs- und Verhaltensebene zur vollen Berufstätigkeit von Frauen stattgefunden.

Die spezifisch deutsche Präferenz für Teilzeitarbeit in der Familienphase hat sich seit 1988 verstärkt. In diesem Rollenbild gab es 1988 signifikante Unterschiede zwischen Großbritannien und Deutschland: Für die Kleinkindphase befürworteten drei Viertel der deutschen Frauen den völligen Rückzug aus dem Arbeitsleben, in Großbritannien waren es nur zwei Drittel. In Deutschland ist im Vergleich mit Großbritannien und den USA das Rollenbild eher "patriarchalisch" (Alwin et al., 1992, 19). Hierin reflektieren sich auch Unterschiede in den Möglichkeiten der Kinderbetreuung (vgl. Abschnitt 4).

3.3 Berufstätigkeit der Frauen im Wandel

3.3.1 Erwerbsbeteiligung von Frauen

Der soziale Wandel der Arbeitsrolle der Mutter betrifft nicht nur die Einstellungs-, sondern auch die Verhaltensebene. War Anfang der sechziger Jahre erst jede dritte deutsche Mutter von schulpflichtigen Kindern erwerbstätig, ist es heute jede zweite.

Im Vergleich mit Großbritannien ist in Westdeutschland jedoch die Phasierung des weiblichen Erwerbsverlaufs immer noch stärker ausgeprägt: In der Kleinkindphase ziehen sich die allermeisten Mütter aus dem Berufsleben zurück, obwohl viele von ihnen gern weiter erwerbstätig geblieben wären. Die Reduktion der Arbeitszeit in dieser Familienphase ist nach wie vor Frauensache: 56% der 1995 befragten erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter sechs Jahren haben ihre Arbeitszeit verändert, aber nur 20% der Männer (Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (MAGS) (Hrsg), 1996, 229). In der Vorschul- und noch stärker in der Schulphase wird in zunehmendem Maß die Erwerbstätigkeit, häufig in Teilzeit, wieder aufgenommen, allerdings auf einem niedrigeren Niveau als vor der Geburt.

Die neuesten Daten für 1995 zeigen für Deutschland die Tendenz für mehr Frauen, nach der Familienphase (ab 35 Jahren) in das Berufsleben zurückzukehren: Die Kurve der Erwerbsbeteiligung im Abhängigkeit vom Alter zeigt wie für britische Frauen die Höhepunkte zwischen 40 und 44 (EUROSTAT News 1/1997). Dage-

gen kehren irische Mütter nach wie vor sehr selten in das Berufsleben zurück. Deutsche erwerbsfähige Frauen haben im Jahr 1994 mit einem Wert von 60% Erwerbsbeteiligung den europäischen Durchschnitt von 56% übertroffen.

Tabelle 2: Erwerbsbeteiligung von Frauen 1985, 1994, 1995, in Prozent

Land	Schweden	Deutschland	Spanien	Groß-britan-nien	EU15
Erwerbsquote von Frauen 1985	79,0	52,9	34,3	61,9	50,7
Erwerbsquote von Frauen 1994	77,5	59,7	45,0	64,6	56,0
Erwerbsquote von Frauen im Verhältnis zu über 15-jährigen Frauen 1995	58,5	47,7	35,4	52,4	45,0

1985 und 1994: Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Kommission) (Hrsg.), 1996, 99ff. 1995: Statistics in focus, Population and social conditions, 1/97, The economic activity of women in the European Union, issued by: Eurostat Press Office Eurostat News 8/1997.

Zwischen 1910 und 1950 hat sich in den meisten europäischen Ländern abgesehen von den Sondersituationen in und nach den Kriegen an der traditionellen Arbeitsteilung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt wenig geändert (Therborn, 1995, 61). Der Wandel setzte Mitte der sechziger Jahre ein. Vorreiter für die Integration von Frauen in das Berufsleben waren Dänemark und Schweden.

In allen EU-Ländern hat die Erwerbsbeteiligung vor allem von verheirateten Frauen seitdem zugenommen, von 1965 bis 1994 im Schnitt von 40% auf 56% (Kommission, 1993, 52). Rund zwei Drittel der neun Millionen zwischen 1985 und 1990 neu geschaffenen Arbeitsplätze in der EG wurden von Frauen eingenommen.

Die Länder der EU nähern sich damit dem Muster der USA an, wo bereits seit Jahrzehnten die Frauenerwerbstätigkeit hoch ist. Noch gibt es, wie aus der Tabelle ersichtlich ist, ein Nord-Süd-Gefälle[8]. Eine Ausnahme im Kreis der südeuro-

[8] Gegenläufig zum Nord-Süd-Gefälle liegt Irland mit einer Frauenerwerbsquote von nur 36% im Vergleich zu 62% im Vereinigten Königreich 1991 (Kommission, 1993, S. 51) Dies weist auf die Bedeutung kultureller Faktoren und der Verbreitung traditioneller Familienformen für die Erwerbsbeteiligung hin.

päischen Länder bildet Portugal. In Spanien lag 1995 die Erwerbsbeteiligung von über 15-jährigen Frauen und Männern noch um 26% auseinander (EUROSTAT News 1/1997). An der Entwicklung von Schweden und Spanien wird aber deutlich, daß die Extrempositionen konvergieren. Spanien repräsentiert mit 45% Beteiligung der erwerbsfähigen Frauen das traditionelle patriarchalische Arbeitsteilungsmuster, wenngleich es in auch in dieser Dimension der Modernisierung durch die EU-Mitgliedschaft aufholt. 1991 gaben immerhin 85% der 30-39-jährigen Frauen an, bereits im Erwerbsleben gestanden zu haben. Dazu trägt auch ihre längere Berufsausbildung bei: Die in den 50er Jahren geborenen Frauen nahmen durchschnittlich mit 17 die berufliche Arbeit auf, eine Generation vorher lag das Berufseintrittsalter noch bei 14 (INES Madrid 1997, Internet).

Abgesehen von den nordischen Ländern sind die meisten erwachsenen Frauen in Großbritannien am Erwerbsleben beteiligt (52%). Alle skandinavischen Länder übertreffen den europäischen Durchschnitt. Dort sind die Erwerbsrollen von Frauen und Männern am weitesten aneinander angeglichen, abgesehen von der Altersgruppe 25-40, in denen die meisten Frauen in der Familienphase stehen. Schweden ist auf dem Weg der Arbeitmarktintegration der Frauen am weitesten fortgeschritten. Zugleich weist Schweden die höchsten Geburtenraten in Europa auf: Offenbar sind hier die familienergänzenden Betreuungseinrichtungen und Arbeitszeiten so ausgestaltet, daß Familie und Beruf besser als in den Nachbarländern vereinbart werden können (vgl. Künzler, 1994, 210). Gleichstellung weiblicher Lebensläufe war bislang hier relativ kompatibel mit der Vitalität der Familie - verglichen mit anderen Ländern Europas.

Untersucht man die Gründe für die europaweit zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen, dürften in den 90er Jahren zunehmend ökonomische Zwänge an die Stelle intrinsischer Motivation getreten sein: Während 1989 sich nach ihrer Einschätzung 33 Prozent der berufstätigen deutschen Frauen in ihrer Berufsarbeit "verwirklichen" konnten, waren es 1996 3 Prozent weniger (Opaschowski, 1997, 36). Die ökonomische Notwendigkeit zum Zuverdienst verallgemeinert sich in dem Maß in Europa, wie Reallöhne jahrelang sinken und die Einkommen vieler Männer aufgrund erzwungener Teilzeitarbeit bzw. Arbeitslosigkeit nicht mehr zur Sicherung des Lebensstandards der Familien hinreichen.

3.3.2 Teilzeitarbeit

Mit der Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt steigt der Druck auf die Familienmitglieder, ihre Zeitanforderungen in Beruf und Familie zu koordinieren. Die Frauen müssen vielfach die Lasten der Koordination tragen. Von vielen Frauen werden daher Arbeitszeiten gewünscht, die besser an die Bedürfnisse der Kinderbetreuung und Partnerschaft angepaßt sind. Teilzeitarbeit kann dafür ein Beitrag sein, ist aber vielfach mit sozialen Folgeproblemen verbunden. Die Hälfte der Teilzeitbeschäftigten in Deutschland hat Kinder unter 16 Jahren.

Tabelle 3: Verbreitung der Teilzeitarbeit 1985, 1991 und 1994 (in Prozent)

	Schweden	Deutschland	Spanien	Großbritannien[9]	Niederlande	EU15
1985	25,3	12,8	5,8	20,9		12,5
1994	25,9	15,8	6,9	23,8	36	15,3
1991 Frauen	45,9	30,1	10,6	43,3		
1991 Männer	7,7	2,4	1,1	5,3		
1994 Männer	9,1	3,2	2,6	7,1	16	4,8

1985 und 1994: Kommission, 1996, 99ff. 1991: EUROSTAT (Hrsg.), 1994, 12f. 1994 Männer: Kommission, 1995a, 187ff.

Zwischen 1987 und 1994 stieg der Anteil teilzeitbeschäftigter Frauen in der Europäischen Union von 27% auf 31% (Kommission, 1995a, 82). Die Teilzeitquote von Frauen und Männern an der Gesamtbeschäftigung stieg von 12,5% 1985 auf 15,3% im Jahr 1994. Spitzenreiter sind die Niederlande mit 36% Teilzeitkräften. In Großbritannien lag die Teilzeitquote bereits seit längerem mit 21% relativ hoch, 1994 waren es dann 24%. Nur Schweden hat mit 26% einen höheren Anteil an der Beschäftigung. Schwedische Frauen weisen im Vergleich zu Finnland eine hohe Teilzeitquote auf: 1995 waren es 43%.[10] Deutsche Frauen liegen wie die dänischen mit einem Drittel Teilzeitbeschäftigung im europäischen Schnitt, von den spanischen Frauen ist nur jede achte in Teilzeit.

[9] Während Teilzeitarbeit in Deutschland als 35 Wochenstunden und weniger definiert ist, beginnt sie in Großbritannien bei weniger als 30 Wochenstunden.

[10] Nicht selten ist Teilzeitarbeit auch in Schweden schlechter bezahlt und unfreiwillig (Schunter-Kleemann, 1994, 203).

Am stärksten zugelegt hat Teilzeitarbeit in der letzten Dekade in den Niederlanden: Dort hat sich die Bezeichnung "Flexwerkers" eingebürgert, und immer häufiger arbeiten diese für Zeitarbeitsfirmen bzw. in befristeter bzw. unregelmäßiger Beschäftigung.

In Deutschland ist nach den genannten EUROSTAT-Daten (ähnlich der Mikrozensus) zwischen 1985 und 1995 der Prozentsatz der Teilzeitbeschäftigten von 14% auf 16% gestiegen, nach der (repräsentativen) ISO-Studie 1995 sogar auf 18%. Noch immer ist Teilzeitarbeit zu 89% Frauensache (Schilling et al., 1996, 436).

Die südeuropäischen Länder werden durch Spanien mit einem niedrigen Anteil von 7% repräsentiert. Die Unterschiede zu den nordischen Ländern lassen sich als Phasenverschiebung im Modernisierungsprozeß interpretieren (Hradil 1992, 91). Spanien repräsentiert ein Stadium, in dem der Standard des Normalarbeitsverhältnisses in Kombination mit der "Normalfamilie" (männlicher Hauptverdiener und weibliche Hausarbeit) noch mehrheitlich gilt - jedoch auch hier umstritten ist.

Der hohe Anteil von einem Drittel Teilzeitarbeit in Holland wird in der deutschen Beschäftigungsdiskussion vom Arbeitsminister und vom DGB als Weg dargestellt, um Millionen Arbeitsplätze neu zu schaffen.[11] Eine Kampagne der Bundesregierung zielt darauf, Teilzeitbeschäftigung vom Image der "Beschäftigung zweiter Klasse" zu befreien, vor allem durch ihre Umbenennung zur "Mobilzeit". In der sozialen Realität ist Teilzeitarbeit bei aller Umdefinition jedoch nach wie vor eine Beschäftigung zweiter Klasse. Sie ist in ihren sozialen Wirkungen ambivalent: Einerseits kommt sie dem Synchronisationserfordernis der Familien entgegen. Auf der anderen Seite bleibt vielen Frauen nichts andres übrig, da ausreichende Einrichtungen für die ganztägige Betreuung von Kindern fehlen. Wie unsere Zeitbudgetuntersuchung zeigt, trägt eine solche Entlastung erwerbstätiger Mütter dazu bei, daß diese zwei Stunden mehr für berufliche Arbeit aufwenden können als Frauen, die nicht auf solche Leistungen zurückgreifen können.
Der Teilzeitanteil an der Beschäftigung von Männern kann als Indikator für eine nicht-konventionelle Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau herangezogen werden: Er liegt mit 16% in den Niederlanden am höchsten, gefolgt von Schweden mit 9%. In Deutschland ist Teilzeit von Männern immer noch selten, etwa bei 3,2%

[11] So der DGB-Vorsitzende Schulte am 2.3.1997 bei der Kommentierung des für den Februar 1997 zu erwartenden Rekords von 4,7 Mio. deutschen Arbeitslosen. Zeitgleich war der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit in den Niederlanden und pries das "holländische Modell" der Flexwerkers.

(SOEP 1994: 3,4%). Auch sind es nur 6% der Männer in Vollzeit, die Teilzeitjobs vorziehen.[12]

Allerdings sind mit diesen Angaben über die gesamtgesellschaftliche Verteilung keine Aussagen darüber möglich, wie sich Paare ihre berufliche Arbeit teilen. Auch bedeuten hohe Teilzeitanteile von Männern keineswegs, daß solche Arrangements von den Paaren freiwillig gewählt wurden. Es steigt nämlich der Anteil unfreiwilliger Teilzeitbeschäftigung: In Deutschland möchten 14% der Teilzeitbeschäftigten lieber auf eine Vollzeitstelle wechseln, in Großbritannien 11%.[13] Strategien zur Lohnkostendämpfung erzwingen europaweit Arbeitszeit- und entsprechende Lohnreduktion. Wie Befragungen der auf 28,8 Stunden gesetzten VW-Arbeitnehmer zeigen, wird die Entlastung in der Erstbeschäftigung keineswegs in die Unterstützung der Frauen in der Familienarbeit, sondern eher in Schwarzarbeit umgesetzt.

Die Ausbreitung von Teilzeitarbeit geht zudem einher mit Überarbeit: In der Regel sind es Frauen, die Teilzeitarbeit, und Männer, die Überstunden leisten. Dies stellt eine gegenläufige Tendenz zur Arbeitsmarktpartizipation von Frauen dar: Die Spielräume berufstätiger Männer zur Übernahme von Familienaufgaben werden trotz der Senkung der tariflichen Arbeitszeiten - die immer weniger über ihre tatsächliche Arbeitszeit aussagen - eher geringer: Jeder achte Mann in der EG12 arbeitete 1992 länger, als nach der Richtlinie der EG zulässig war, nämlich länger als 48 Stunden. Dieser Anteil stieg in den letzten 10 Jahren an (Kommission, 1994, S. 106), synchron zur Verringerung der tariflichen Arbeitszeit.

3.3.3 Segregation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt

Wie Paare ihre Berufsarbeit aufteilen, unterliegt also nicht nur ihren eigenen Überlegungen und der Rationalität des Paar- bzw. Familienlebens, sondern vielfachen externen Arbeitsmarktzwängen. Dazu gehört auch die Segregation von Frauen auf dem Arbeitsmarkt, die in allen europäischen Ländern vorhanden, aber unterschiedlich ausgeprägt ist:

---

[12] Dagegen präferieren 18% der Frauen in Vollzeit Teilzeitstellen (Schilling et al., 1996, 436).

[13] Nach Walwei (1995, 20) ist der Anteil in Großbritannien höher als in Deutschland und Spanien.

Sie sind auf Berufe und Arbeitsplätze konzentriert, die im Schnitt ein geringeres Einkommen abwerfen. Diese Segmentation des Arbeitsmarkts ist historisch gewachsen auf der Basis, daß die Frau auf Lohnarbeit nicht angewiesen und Frauenarbeit ein Zusatzverdienst war - heute ist es vielfach für das Familieneinkommen unerläßlich.

Frauen stellen die meisten Teilzeit- sowie befristet und unregelmäßig Beschäftigten (Internationales Arbeitsamt, 1994, 27). Die sozialen Sicherungssysteme und betrieblichen Karrierewege unterstellen jedoch weiterhin die Norm der vollen und kontinuierlichen Arbeitszeit.

Von Männern wird eine kontinuierliche berufliche Vollzeitkarriere erwartet. Personalleiter fragen bei weiblichen Bewerberinnen nicht selten nach Kindern oder Schwangerschaft, bei Männern halten sie diese Frage für überflüssig. Sie unterstellen, daß Frauen durch die gesellschaftlich zugewiesene Verantwortung für die Kinder nur eingeschränkt für den Betrieb verfügbar sind. Geschlechterrollen, die ihren Ursprung in Familienleitbild und -realität haben, werden also auf den Arbeitsmarkt übertragen und führen dort zur Schlechterstellung von Frauen.

So wird der Ausgangspunkt in der Arbeitsteilung von Mann und Frau in der Familie reproduziert: Wenn Frauen durch ihre berufliche Arbeit relativ weniger externe Ressourcen für ihre Familien beziehen, macht sich dies als Restriktion in den Entscheidungen in den Familien gelten: Für das Paar ist eine stärkere Beteiligung des Manns an bezahlter Arbeit und eine stärkere Beteiligung der Frau an unbezahlter Arbeit rational. Insofern ist auch die Teilzeitarbeit von Frauen durch Vorgaben des Arbeitsmarkts vorstrukturiert und stabilisiert wiederum die Geschlechterarbeitsteilung. Versäumt man den Rekurs auf die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine solche rationale, ihren "Nutzen maximierende Entscheidung" der Paare, liegt der Übergang zur Apologie der Geschlechterrollen nicht fern.

4. Erklärungsansätze: Unterschiedliche Integrationsmodelle in der EU

Die Vereinbarung von Familie und Beruf ist in allen europäischen Ländern immer noch in erster Linie ein Frauenproblem. Die Entstehung des Problems, das zum alltäglichen Geschlechterkampf führt, liegt aber jenseits davon in den strukturell widersprüchlichen Forderungen des Arbeitsmarkts und der Familie (vgl. Garhammer, 1996): Die Institution des Arbeitsmarkts fordert die zeitliche und räumliche Verfügbarkeit der Arbeitskraft unabhängig von familiären Bedürfnissen, die eine

eigene Notwendigkeit der Zeit- und Raumbindung haben. Der moderne Arbeitnehmer muß in mehrfacher Hinsicht eine freie Person sein, in den Worten von Marx "variables Kapital", das den wechselnden Einsatzbedürfnissen des Kapitals flüssig folgt, in der modernen Begrifflichkeit allseits "flexibel", damit sich überhaupt eine Nachfrage auf ihn richtet. Die Zuweisung gegensätzlicher Arbeitsrollen an Mann und Frau, die unbezahlte Familienarbeit der Frau, die dem Mann "den Rükken freihielt" für seine berufliche Arbeit, war ein Mechanismus, der das Abpuffern des strukturellen Problems leistete, Familie und Beruf bei allen Problemen für die Rollenträger vereinbar machte.

In dem Maß, in dem in Europa mehr Frauen und Mütter unter die universell geltenden, von der Lebenslage und Lebensform ihres Trägers abstrahierenden Kriterien der Berufsarbeit fallen, das Beschäftigungsverhältnis also allgemein wird, wird dies obsolet. Die europäischen Sozialstaaten reagieren auf diese Problemlage durch je besondere Maßnahmenbündel zur Vermittlung der widersprüchlichen Anforderungen von Familie und Beruf. Sie legen dabei typische Leitbilder dafür zugrunde, wie und in welchem Maß die Geschlechter für berufliche und Familienarbeit zuständig sind.

Zunächst ist dies eine Frage der Ressourcen, die die Familien für ihre Arbeit unabhängig von der Berufsarbeit erhalten: Je stärker Sozialleistungen die Familienangehörigen vom Markteinkommen unabhängig machen, je stärker "dekommodifiziert" also ihre Lebenslage ist (Esping-Andersen, 1990), desto unabhängiger sind Eltern in der Familienphase vom vollzeitigen und kontinuierlichen Angebot ihrer Arbeitskraft, desto mehr sind sie für Familienarbeit freigestellt.

Bahle (1996) unterscheidet in Anschluß an Kaufmann fünf Muster der europäischen Familienpolitik anhand einer Kombination verschiedener, z.T. gegeneinander ersetzbarer Ressourcen und Interventionsformen: Dazu gehören neben der familienunterstützenden Infrastruktur an sozialen Dienstleistungen, die "ökologischen Bedingungen der Familienumwelt", vor allem die zeitlichen Regelungen der Arbeit, der Schule, der Kindergärten etc., die Einkommenstransfers, die sozialen Rechte und die "Obligationen" innerhalb des und gegenüber dem Familienverband.

4.1 Leistungen für Familien in der EU

Tabelle 4: Leistungen für Familien Anfang der neunziger Jahre

Land	Schweden	Deutschland	Spanien	Großbritannien
Anteil staatlicher Sozialleistungen am BIP 1991 in %	35,2	23,6[14]	19,4	18,3
Anteil der Sozialleistungen für Mutterschaft und Familie 1992 in %	16,0	8,9	1,8	10,9
Familienbeihilfe je Kind bis 18 Jahre 92 in Kaufkrafteinheiten, EUR12 = 100	.	174	8	134
Kindergeld für 2 Kinder 1993 in ECU	.	200	40	100
Freistellung bei Krankheit eines Kindes 1992	bis zu 90 Tagen im Jahr pro Kind Urlaubsanspruch bei Kindern von 4-12 Jahren	gesetzlich krankenversicherte Eltern von Kindern unter 12 Jahren 10 Tage im Jahr	3 Tage im Jahr	betriebliche Regelungen

EUROSTAT, 1995, Jahrbuch 95, 128, 235 (Lohkamp-Himmighofen, 1994, 11).

Die Mischung von Familien- und Sozialpolitik erschwert den direkten Vergleich. Gemessen an allen Sozialleistungen ist die Spitzenstellung des schwedischen "Wohlfahrtsstaats", die mittlere des deutschen Sozialstaats und die rudimentäre Sozialpolitik im liberalen Modell Großbritanniens zu erkennen. Spanien hat seit 1986 durch seine Modernisierung für die und durch die EU viel aufgeholt und übertraf 1991 Großbritannien.

[14] Für 1990 wird vom Bundesarbeitsministerium ein höherer Anteil als die hier ausgewiesenen 23,6% genannt, nämlich 29,2% (1995 sogar 34,1%) (zit. nach SZ 4.2.1997, 21).

Für Ehe, Mutterschaft und Familie gab der deutsche Staat 1992 zwar einen größeren Anteil der Sozialleistungen aus als im europäischen Durchschnitt, nämlich 9%, aber bedeutend weniger als der schwedische (16%) und sogar etwas weniger als der britische (11%). Bis 1995 war der Anteil auf 12% in Deutschland gestiegen (Bundesarbeitsminister, zit. nach SZ 4.2.1997, 21). Nach EUROSTAT ist der Betrag aller Familienbeihilfen in den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und Deutschland relativ hoch. Speziell in den Beihilfen für nicht erwachsene Kinder wurde Deutschland innerhalb der EU12 nur von Dänemark übertroffen (Vergleichszahlen für Schweden lagen nicht vor). Südeuropäische Staaten leisten nur geringe Familienbeihilfen.

Ein Paar mit zwei Kindern hat jedoch in Deutschland weniger Sozialhilfeansprüche als in Großbritannien. Die vertikal umverteilende Armutspolitik ist hier stärker ausgeprägt als in Deutschland, für das der horizontale Familienlastenausgleich typisch ist (Dienel, 1994). Dabei wäre eine solche vertikale Umverteilung in den neunziger Jahren dringlicher denn je: Nicht nur in Deutschland nimmt die Armut von Familien durch soziale Randständigkeit zu. In den letzten Jahren hat sich die Schere zwischen Arm und Reich geöffnet und sich britischen Verhältnissen angenähert. Der Erweiterung des horizontalen Familienlastenausgleichs durch die deutsche Regierung stehen gewaltige Schnitte in der vertikalen Armutspolitik gegenüber, eine Tendenz, die in allen EU-Ländern zu bemerken ist und am Ende dieses Beitrags aufgegriffen wird.

Der Mutterschaftsurlaub ist unter allen Instrumenten der Vereinbarung von Familie und Beruf in der EU am weitesten entwickelt: Mütter hatten 1992 in Deutschland gesetzlichen Anspruch auf 14 Wochen Mutterschaftsurlaub, weniger als in Spanien (16), in Großbritannien (18) und Dänemark (28) (EUROSTAT, 1995, 129). In Großbritannien gilt als einzigem EU-Land der Kündigungsschutz bei Mutterschaft nur beschränkt und nicht in Kleinbetrieben (Lohkamp-Himmighofen, 1994, 5).

Mit Ausnahme von Großbritannien und Irland gibt es mittlerweile überall einen Elternurlaub für erwerbstätige Mütter bzw. Väter, der zwischen zehn Wochen in Dänemark und drei Jahren in Deutschland schwankt. Die Ausgestaltung von Freistellungsregelungen für besondere Familiennotwendigkeiten unterscheidet sich in der EU deutlich: Während der britische Staat nicht in die Arbeitszeitgestaltung der Betriebe eingreift, garantiert der deutsche Eltern von kranken Kindern bis zu 10 Tagen im Jahr bezahlte Freistellung. Auch hier ist die skandinavische Regelung großzügiger: In Dänemark sind Eltern von "sehr kranken" Kindern bis zu einem

Jahr bezahlt freigestellt. In Schweden dürfen Eltern bis zu 90 Tagen pro Jahr und Kind (im Alter von 4-12) bezahlten Urlaub nehmen, seit 1989 ebenfalls bis zu 30 Tagen pro Jahr, um kranke oder pflegebedürftige Verwandte oder Freunde zu versorgen (Internationales Arbeitsamt, 1994, 39).

4.2 Integrationsmodelle in der Europäischen Union

Die Konzeptionen in der Politik zur Vereinbarung von Beruf und Familie lassen sich idealtypisch so darstellen (vgl. ebd., 12ff. und Schunter-Kleemann, 1994, 199ff.):

Dänemark, Schweden und Finnland sind die EU-Länder, die die **Gleichzeitigkeit von Beruf und Familie** befördern und gezielt egalitäre Geschlechterrollen über eine universelle Erwerbsbeteiligung von Frauen anstreben: mit einem hoch bezahlten Elternurlaub, eigenständigem Vaterschaftsurlaub sowie flächendeckender und ganztägiger öffentlicher Kinderbetreuung. Das in Schweden und Dänemark relativ hohe Angebot an Teilzeitarbeit ist kein notwendiger Bestandteil des skandinavischen Modells, wie Finnland zeigt. Der Ausbau der Beschäftigung in öffentlichen Dienstleistungen (Anteil von 71% in Schweden) stellt eine wesentliche, inzwischen fragwürdig gewordene, Voraussetzung für die gesellschaftliche Integration von Frauen über Erwerbsarbeit dar. Das rechtliche und fiskalische System unterstützt Familien unabhängig von der Ehe (Pfau-Effinger, 1994, 331), damit auch Alleinerziehende und nichteheliche Lebensgemeinschaften. Verschiedene Maßnahmen zielen auf die Übernahme von Familienverantwortung durch Väter: Nach schwedischen Statistiken nehmen 83% der Väter Vaterschaftsurlaub in Anspruch. Bis zum Alter von 18 Monaten der Kinder hat die Mutter bzw. der Vater das Recht darauf. Für 360 Tage wird eine Unterstützung ähnlich wie bei der Krankenversicherung bezahlt (Internationales Arbeitsamt, 1994, 38). Die Kehrseite dieses Auslaufmodells der universellen Erwerbsbeteiligung der Frau sieht Ostner (1996) im Zeitproblem der Frauen.

Deutschland und Niederlande sind Beispiele für die "christdemokratischen Wohlfahrtsstaaten" (Ostner, 1996). Das Modell zielt auf den Schutz der Institution der Ehe und Familie und vermeidet eine zu weitgehende eigenständige Sicherung der Frau. Es sind Länder, die erst spät Frauen in die berufliche Arbeit integriert haben. Im Fall der Niederlande schreibt Schunter-Kleemann (1994, 213) dies der calvinistischen Tradition zu. Noch Mitte der 70er Jahre hatten die Niederlande eine vormoderne, mit Südeuropa vergleichbare Frauenerwerbsbeteiligung (Walwei, 1995,

23). Wie in Deutschland war der Mangel an Kinderbetreuungseinrichtungen dafür mit verantwortlich. Heute sind Deutschland und die Niederlande die europäischen Protagonisten des **Sequenzmodells von Beruf und Familie.** Das Leitbild der Hausfrauenehe wird durch das Sequenzmodell ersetzt. Dies geschieht durch die Propagierung und Unterstützung von **Teilzeitarbeit für Mütter** und Wiedereingliederungshilfen nach der Familienphase. Zugrundeliegt nach wie vor das Modell der männlichen Ernährerehe, ein Modell, dessen Voraussetzungen durch die Entwicklungen in der Erwerbsarbeit jedoch erodieren (vgl. Ostner, 1996): Immer weniger wird es selbstverständlich, daß Ehemänner kontinuierlich einer vollen Berufstätigkeit nachgehen. Damit nähert sich das deutsche Modell an das liberale Modell an.

Nach der Wiedervereinigung wurde das westdeutsche Sequenzmodell auch gegen die ostdeutschen Frauen mit ihrer eigenständigen Tradition der Simultaneität von Beruf und Familie forciert. Das bis 1989 gültige Muster der Vollzeitarbeit wurde durch Teilzeitarbeit zurückgedrängt. Immer noch will dort jede zweite Frau, die derzeit Teilzeit arbeitet, lieber in Vollzeit arbeiten (Schilling et al., 1996, 436). Teilzeitarbeit wird also wie in den Niederlanden in wachsendem Maß unfreiwillig geleistet (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW, 1995, 410), auch weil es an Vollzeitstellen fehlt.

In Deutschland ist ein weiteres Instrument für das Sequenzmodell der relativ lange und bezahlte Elternurlaub. Anderthalb Jahre wird ein Erziehungsgeld von monatlich 600 DM auch an nicht Erwerbstätige bezahlt und so die Familienarbeit honoriert, aber bei weitem nicht entgolten bzw. der Einkommensausfall dadurch ersetzt. Inzwischen sind Höhe und Anspruchsvoraussetzungen des Erziehungsgelds umstritten und werden für den Sparhaushalt zur Disposition gestellt. Mit dem Erziehungsurlaub, dem Erziehungsgeld und der Anrechnung von Erziehungszeiten für die Rente sehen Autorinnen wie Ostner 1996 das deutsche Modell auf dem Weg zur "Gleichwertigkeit der Sorgearbeit zur Erwerbsarbeit", ein Modell, das jedoch auch in ihrer Sicht inzwischen zurückgeschnitten wird. Andere sehen den Konstruktionsmangel des Erziehungsurlaubs darin, daß nicht gezielt Väter angesprochen werden: 1993 haben nur 1,7% der berechtigten Väter Erziehungsgeld beansprucht.

Im **liberalen Modell** von Großbritannien soll der Staat möglichst wenig in den freien Arbeitsmarkt eingreifen. Dies zeigt sich im niedrigen Anteil staatlicher Sozialleistungen am BIP und einer wachsenden absoluten und relativen Armut: Die unte-

ren 40% in der Einkommensskala verfügten bereits in den siebziger Jahren nur über 17% des Volkseinkommens (Schweden: 21%)(UNICEF, 1994), heute sind es noch weniger (Halleröd, 1996). Resultat ist, daß die genannten strukturellen Widersprüche zwischen Familie und Beruf den Familien aufgebürdet werden. Wenn zwei von drei erwerbsfähigen Frauen im Erwerbsleben stehen, ist ihr Zuverdienst nicht selten materielle Notwendigkeit, weil das Durchschnittseinkommen im europäischen Vergleich niedrig liegt und das Einkommensgefälle ausgeprägt ist.

In der öffentlichen Diskussion wird mit der europäischen Integration häufig die Gefahr eines Sozialdumpings verbreitet, das von den ärmeren **südlichen Ländern** ausgehen soll. Die vergleichende Sozialpolitikforschung hat dies differenziert: Trotz der schlechteren Ausgangsbedingungen weisen einige Länder mehr Leistungen für die Gleichstellung als reichere Länder auf (Walwei, 1995; Schunter-Kleemann, 1994, 197). Gleichwohl fehlen Staaten wie Spanien, die die Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft in kurzer Zeit nachholten, bei aller familienfreundlichen Programmatik die ökonomischen Mittel, und dies nach Maastricht in steigendem Maß. Bahle (1996) gibt jedoch zu bedenken, daß die Ressourcen der Familienpolitik teilweise substituiert werden können: Während die skandinavischen Länder sich durch universelle soziale Dienstleistungen auszeichnen, sind diese in südeuropäischen Ländern nur residual, dafür aber der Grad an "Familienpflichten" in den hier noch relativ verbreiteten Mehrgenerationenfamilien hoch.

4.3 Wohlfahrtsregimes in der EU

Die bislang dargestellten konzeptionellen Unterschiede in der Ausgestaltung der Geschlechterarbeitsrollen verweisen auf zugrundeliegende typische Unterschiede in den Modellen europäischer "Wohlfahrtsregimes". Um die Vielfalt der Länder der EU einzufangen, wird hier die von Esping-Andersen für den internationalen Vergleich entwickelte Trichotomie zu einer Vierfeldertafel fortentwickelt (vgl. Lessenich, 1995, 219). Die Regimes unterscheiden sich vor allem im Grad der Dekommodifikation: Der Index mißt, inwieweit das Markteinkommen bei Einkommensausfall (Armut, Elternschaft, Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit) durch Sozialleistungen kompensiert wird. Den Wohlfahrtsregimes entsprechen verschiedene Systeme sozialer Sicherung.

Tabelle 5: Typen von europäischen Wohlfahrtsregimes in den siebziger und achtziger Jahren

Regimetypus	Fallbeispiele	Dekommodifikations-Index	zentrale regulative Idee	Dominantes System sozialer Sicherung
Sozialdemokratisch	Schweden	39	Universalismus equality	Versorgung
Konservativ	Deutschland	28	Statushierarchie equity	Versicherung
Liberal	Großbritannien	14	Selbstverantwortung adequacy	Fürsorge
Postautoritär	Spanien	.	rudimentär	.

Modifiziert nach: Esping-Andersen, 1990, S. 52; für Spanien: Lessenich, 1995.

Der steuerfinanzierten **Staatsbürgerversorgung in Skandinavien**[15] stehen die beitragsfinanzierten Sozialversicherungen in Deutschland gegenüber. Skandinavische Staaten adressieren Sozialleistungen "idealtypisch" an alle Bürger unabhängig von ihrer früheren Erwerbstätigkeit und Beitragszahlung. Sie sind hierin universalistischer und damit frauenfreundlicher als Staaten mit dem Versicherungsprinzip. In dem Maß, wie Frauen durch Erwerbseinkommen bzw. Sozialtransfers vom Einkommen des Manns unabhängig werden, wird die "Ernährerrolle" des Manns geschwächt (vgl. Ostner & Aila-Leena, 1996). Im Modell der egalitären Arbeitsteilung sollen durch finanzielle und sozialrechtliche Anerkennung von Familien Männer zur Familienarbeit ermuntert werden, Frauen sollen Berufstätigkeit und Familie vereinbaren.

Der Sozialstaat soll im **"konservativen Regime"** Deutschlands nur subsidiär tätig werden, wenn der Markt an Grenzen stößt. Die Statushierarchie, die sich auf dem Arbeitsmarkt herausstellt, wird durch das konservative "equity-Prinzip" der Sozialversicherung reproduziert. Beiträge und Versicherungsleistungen sollten sich weitestgehend entsprechen. Die Leistungen bei Alter, Arbeitslosigkeit und Krankheit sind auf Arbeitnehmer beschränkt. Die auf Lohnnebenkosten basierenden Systeme unterstellen die Gültigkeit einer normalen Erwerbsbiographie mit Vollzeitbe-

[15] Elemente davon gibt es auch in Spanien und Großbritannien mit seinem National Health Service, der jedoch wie andere öffentliche Dienstleistungen in den letzten Jahren privatisiert wurde (vgl. Lawson, 1996).

schäftigung und benachteiligen damit Frauen aufgrund von Teilzeitarbeit und Lükken in ihrer Rentenbiographie. Mit der Auflösung der lebenslangen Vollzeitbeschäftigung als Norm nicht zuletzt durch zunehmende Frauenerwerbsbeteiligung wird dieses Modell obsolet.

Im **liberalen** Modell Großbritanniens ist die soziale Sicherung residual auf "unverschuldete Notlagen" des Hilfsbedürftigen beschränkt, zumal nach der Durchsetzung des Thatcherismus (Lawson, 1996). Diejenige Verteilung von Lebenschancen gilt als gerecht, die sich auf dem freien Markt herausstellt. Der liberale Staat zieht sich programmatisch aus der Regulierung der Arbeitsbeziehungen zurück und schränkt die Macht der Kollektive, die den Markt korrigieren wollen und können, der Gewerkschaften, ein. Das Fürsorgeprinzip nach einer Bedürftigkeitsprüfung wird am reinsten in den USA realisiert. Innerhalb der EU kommt diesem Modell Großbritannien nahe, zumindest nach der Beseitigung weiter Bereiche der staatlichen sozialen Dienste (wie des National Health Service).

Das Beispiel **Spaniens** (vgl. Lessenich, 1995) zeigt, wie die Einbindung eines Landes in die EU nationale Besonderheiten nivelliert: Gegenüber dem franquistischen paternalistischen Regime brachte die Öffnung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt zur EG eine Deregulierung mit sich. Daß Spanien heute in der EU mit 23% die höchste Arbeitslosigkeit hat, ist u.a. ein Ergebnis dieser ungebremsten Liberalisierung, auch der Arbeitsbeziehungen und der Arbeitszeit.

Der letzte Abschnitt soll begründen, warum die geschilderten Differenzen der Wohlfahrtsregimes, die Esping-Andersen auf der Basis von Daten der 70er Jahre entwickelt hat, sich durch die europäische Integration in Richtung auf das liberale Modell einebnen.

4.4 Arbeitsteilung zwischen Mann und Frau und zwischen Familie und Staat - eine Frage von Struktur oder Kultur?

In der Auseinandersetzung zwischen "strukturalistischer" und "kulturalistischer" Erklärung der international unterschiedlichen Arbeitsteilung der Geschlechter scheint das Pendel in den letzten Jahren zugunsten der "Kulturalisten" ausgeschlagen zu sein (vgl. Geissler, 1995; Pfau-Effinger, 1994). Die Bedeutung kultureller Faktoren für die Erklärung der Arbeitsmarktpartizipation von Frauen ist danach größer, als es "institutionalistische Ansätze" nahelegen. So argumentiert Pfau-Effinger dafür, daß die Präferenz finnischer Frauen für eine volle Berufstätig-

keit (Erwerbsquote rund 73%, Teilzeitquote 11%) auf dem dort gültigen "Geschlechterkontrakt" beruht. Die kulturelle Tradition von Frauenarbeit außerhalb der Hausarbeit hat sich im Zug der Industrialisierung herausgebildet. Im Gegensatz dazu war das vom deutschen städtischen Bürgertum getragene Familien- und Integrationsmodell für verheiratete Frauen historisch die Hausfrauenarbeit (ebd., 335). Allerdings sprechen die von der Autorin angeführten institutionellen Besonderheiten in Finnland nicht für ihre "kulturalistische" Interpretation (Ganztagsbetreuung in Kindergarten und Schule; soziale Sicherung, die auf Individuen, nicht auf Ehepartner zielt; Entlastung der Familien von der Pflegeaufgabe - ebd., 331). Die Frage, ob dies Konsequenzen aus der kulturellen "Konstruktion der Mutterschaft" sind oder umgekehrt, ist schwer zu beantworten. Auch das Beispiel der Frauen, die in der ehemaligen DDR eine ganz andere Kultur der Vereinbarung von Familie und Beruf kannten, macht deutlich, wie wenig eine Tradition gilt, wenn ihr die materiellen Voraussetzungen bestritten werden.

Mit den Daten des ISSP 1988 kann man zeigen, daß die Ausprägung des Wunsches nach Teilzeitarbeit in der Elternschaft mit dem national unterschiedlichen Angebot an Kinderbetreuungseinrichtungen variiert. 80% der Frauen in den USA halten private Babysitter für "geeignet" (Deutschland 40%), 74% der Frauen in Großbritannien (ähnlich viele in den skandinavischen Ländern) öffentliche Tageseinrichtungen (Deutschland nur 50%). In Westdeutschland dagegen vertrauen 70% der Mütter der Großmutter oder anderen Verwandten. Eine Tagesmutter wird nur von jeder Hundertsten in Anspruch genommen.

Die Vorstellung, daß Mütter die Kleinkindbetreuung nicht an außerfamiliäre Einrichtungen abgeben sollten, ist in keinem EU-Land so ausgeprägt wie in Deutschland. Dieses in Opposition zum DDR-Modell konturierte Leitbild der Kinderbetreuung spiegelt sich in einer verbreiteten Präferenz für den völligen Rückzug von Müttern kleiner Kinder und für Teilzeitarbeit später wieder, um die Sorge für die Kinder zu ermöglichen. Das Leitbild der subsidiären Verantwortung öffentlicher Instanzen liegt der Planung von Kapazitäten und Öffnungszeiten von Kindergärten und Schulen zugrunde. In keinem anderen europäischen Land sind die Vorbehalte gegen eine Ganztagsbetreuung von Klein- und Schulkindern so ausgeprägt. Immer wieder werden von Politikern und Wissenschaftlern, die sonst Institutionen als kulturelle Errungenschaften würdigen, methodisch fragwürdige Studien zur Verwahrlosung von Kleinkindern durch institutionelle Betreuung und wechselnde Bezugspersonen angeführt.

Solche Leitbilder sind soziale Konstrukte, die festlegen, welche Aufgaben vorrangig von welchen Institutionen zu bewältigen und mit welchen Ressourcen sie auszustatten sind. Die Arbeitsteilung zwischen gesellschaftlichen Institutionen und der Familie entscheidet damit über die Arbeitsteilung im Binnenraum der Familie.

Zwar wurden in den letzten 30 Jahren in den Ländern der EU die Betreuungseinrichtungen für Kinder zwischen drei Jahren und dem Schuleintritt ausgebaut (Oberhuemer, 1995, 230). Trotzdem stehen in Deutschland und Großbritannien sehr viel weniger Müttern ganztägige Einrichtungen zur Verfügung als in Skandinavien. Italien ist das einzige Land der EU, in dem die Schulzeit für Kinder im Grundschulalter noch kürzer als in Deutschland ist (Lohkamp-Himmighofen 1994, 9). Ähnliches gilt für die bis vor kurzem skeptische Haltung zu Tagesmüttern. Erst in letzter Zeit gibt es geförderte Modelle.

In Dänemark und Schweden, die eine flächendeckende und zeitlich weitreichende öffentliche Betreuung anbieten, ist auch die Erwerbsquote von Frauen höher. Deutschland ist in dieser Dimension mit dem Muster von Spanien vergleichbar. Hier wie dort sind Mütter von Schulkindern auf Teilzeitarbeit oder private Kinderbetreuung angewiesen.

Tabelle 6: Personelle und zeitliche Reichweite öffentlicher Kinderbetreuung

Land	Dänemark	Deutschland	Spanien	Großbritannien
Versorgungsquote der Kinder unter 3 Jahren mit öffentlich finanzierten Tagesmüttern 1990 in %	48	3	2-3	2
Versorgungsquote der Kinder unter 5 (6) Jahren mit öffentlicher Kinderbetreuung 1990 in %	85	79	68	40
Versorgungsquote der Grundschulkinder außerhalb der Schulstunden mit öffentlicher Kinderbetreuung 1990 in %	36	4	0	0
Dauer des Schultags incl. Mittagspause 1990 in Stunden	7	4-5	8 teilweise Mittag zu Hause	6,5
Erwerbsquote von Frauen 1994	78,3	59,7	45,0	64,6

Lohkamp-Himmighofen, 1994, 9 und Kommission, 1996, 99ff. (Erwerbsquote Dänemark 1991: Kommission, 1993, 49).

Dänemark und Schweden haben ein zeitlich umfassendes und flächendeckendes Angebot an Tageseinrichtungen für Kinder im Vorschulalter geschaffen. In Schweden wird nach Beendigung des Elternurlaubs den Kindern ab anderthalb Jahren ein Platz in einer Tagesstätte garantiert (Oberhuemer, 1995, 230). Spanien ist trotz des "Rückstands" in der Erwerbsbeteiligung von Frauen in einigen Bereichen weiter als Deutschland: Seit Ende der achtziger Jahre wird die vorschulische Erziehung als erste Stufe des Bildungssystems anerkannt und zentralstaatlich organisiert. Bereits in den siebziger Jahren gab es "free-time-schools" für Kinder und Jugendliche auf kommunaler Ebene, um Schulkindern außerhalb der Schulzeit Freizeitangebote zu machen.

Wie mittlerweile auch in Deutschland hat sich der Staat verpflichtet, Plätze für alle Drei- bis Sechsjährige nach Bedarf zur Verfügung zu stellen. Zu Beginn der neunziger Jahre war diese Absicht in Spanien zu 68%, in Deutschland zu 79% realisiert, in Dänemark dagegen bereits zu 85%. Im liberalen englischen Modell enthält sich der Staat weitgehend der Finanzierung von Tagesmüttern und Kindergarten-

plätzen, auch weil dort die Kinder früher (mit 5 Jahren) eingeschult werden. Immer mehr Vierjährige werden dort bereits in die Eingangsklassen einer Pflichtschule (infant school) aufgenommen, und die Zahl der privaten vorschulischen Einrichtungen nimmt zu. Die "nursery schools" und "nursery classes" an den Grundschulen bieten jedem vierten englischen Drei- bis Vierjährigen einen Platz, fast ausschließlich Halbtagesplätze (ebd., 231).

Die Vereinbarung von Familie und Beruf ist nicht nur eine Frage der personellen, sondern vor allem auch der zeitlichen Reichweite der Institutionen: Wenn im gesamten Europa Berufsarbeit am Abend, in der Nacht und an Wochenenden zunimmt und sich darin die Imperative der Maschinennutzung gegen die Zeitbedürfnisse von Familien durchsetzen (Garhammer, 1994), helfen Kindergartenplätze von 8 bis 13 Uhr nur eingeschränkt. Modellversuche wie in München, wo die Kommune Zuschüsse zu Betriebskindergärten leistet, die dann auch zu Zeiten geöffnet sind, auf die SchichtarbeiterInnen angewiesen sind, werden in einer Zeit immer seltener wahrgenommen (vgl. den Bericht in der SZ vom 4.3.1997), in der die Senkung aller Lohnnebenkosten auf dem Programm steht.

5. Teilung der unbezahlten Familienarbeit - Ergebnisse von Zeitbudgetuntersuchungen

Im zweiten Teil wird die Beteiligung von Männern an der Familienarbeit mit Ergebnissen von Zeitbudgetuntersuchungen beschrieben. Zu untersuchen ist die These, daß zunehmende Frauenerwerbstätigkeit eine Verlagerung unbezahlter Arbeit auf den Mann nach sich zieht.

Trotz sonst gewichtiger Unterschiede im Familienleben ist nach internationalen Zeitbudgetstudien die weibliche Dominanz in der unbezahlten Familienarbeit eine Gemeinsamkeit verschiedener Nationen und Kulturen. Immer wieder wird in der Literatur betont (vgl. Gershuny, 1995, 98), daß die unterschiedlichen Rahmenbedingungen in den ehemals sozialistischen Ländern keinen Einfluß auf die Arbeitsteilung in der Familie hatten. Allerdings zeigt der Vergleich von Zeitbudgetdaten Mitte der sechziger Jahre von sieben realsozialistischen und fünf marktwirtschaftlichen Ländern von Szalai et al. (1972, 643), daß im "Ostblock" die Familienarbeit verheirateter Männer im Vergleich zu erwerbstätigen Müttern zwar gering (19% Anteil der männlichen an der weiblichen Familienarbeit), aber immerhin doppelt so hoch wie in den westlichen Ländern war (9%). Die westdeutschen Väter waren 1965 die größten "Patriarchen" (7%), die Väter in der DDR brachten es auf 24%.

Die fast unumschränkte Alleinherrschaft der Frau im Haushalt in Westdeutschland ist auf dem Hintergrund des "golden age of family" Mitte der sechziger Jahre zu sehen, die mit einer geringen Erwerbsbeteiligung der Frauen korrespondierte.

Ähnliche Verhältnisse gelten noch heute für Spanien: Familien- und Hausarbeit ist dort auch noch 1996 sehr aufwendig (CIRES-Daten nach Duran, 1996, Tab. 3 und 6). Danach waren Männer zwei Stunden, Frauen (gleich ob nicht, teilweise oder voll erwerbstätig) 6,8 Stunden im Haushalt tätig. Spanische Männer übernehmen damit nur 30% der Zeit, die Frauen dafür brauchen. Das Ungleichgewicht in der Gesamtarbeitsteilung bezogen auf alle Erwachsenen fällt nirgendwo so deutlich zuungunsten der Frauen aus, Frauen und Männer trennt eine Differenz von fast 20 Wochenstunden.

In der folgenden Tabelle werden voll berufstätige[16] Frauen und Männer in Paarhaushalten ausgewählt, um die Frage zu untersuchen, ob zunehmende Frauenerwerbstätigkeit eine Verlagerung unbezahlter Arbeit auf den Mann nach sich zieht und ob es darüber hinaus zwischen 1961 und 1996 einen sozialen Wandel zu egalitären Geschlechterrollen gibt.[17]

Tabelle 7: Anteil der unbezahlten Arbeit von Männern in Haushalt und Familie an der von Frauen. Beide voll berufstätig und verheiratet (ohne und mit Kindern) in Prozent

Erhebungsjahre	Schweden	Dänemark	Westdeutschland	Großbritannien
1961 - 1965	.	.	33	52
1985 - 1987	.	71	.	73
1991 - 1996	73	.	50	72

Schweden 1991: 3.575 verheiratete voll Berufstätige. Therborn, 1995, 65, nennt abweichend von dem Wert 73% 67%. Dänemark: Voll- und teilzeit berufstätige Männer und Frauen unter 45 Jahren. Eig. Ber. von Daten nach Bonke, 1995, 25, Deutschland (Osnabrück) 1965: 554 voll berufstätige Männer: 1,4 Stunden; 158 voll berufstätige Frauen: 4,2 Stunden. Westdeutschland 1992 (eigene Studie): 1.545 voll Erwerbstätige. Großbritannien 1961: eig. Ber.: 526 Männer: 1,1 Stunden, 211 Frauen: 2,1 Stunden (beide mind. 35 Stunden berufliche Arbeit in der letzten Woche; Familienstatus: jünger, mit oder ohne Kind). Großbritannien 1985

[16] Bis auf die Ausnahme von Dänemark.

[17] Bei allen folgenden Vergleichen für Befragte in Paarhaushalten sind jedoch keine Aussagen über die Paarebene möglich.

(eig. Ber.): 625 Männer: 2,2 Stunden, 118 Frauen: 3,1 Stunden (beide mind. 35 Stunden berufliche Arbeit in der letzten Woche). Großbritannien 1995 (eig. Ber.): 365 Männer: 3,0 Stunden, 172 Frauen: 4,2 Stunden (über 30 Stunden berufliche Arbeit).

Sind die Daten 1965 für Osnabrück und unsere für 1991/92 in Westdeutschland valide und vergleichbar, so hat der Anteil der männlichen an der weiblichen unbezahlten Arbeit von einem Drittel auf die Hälfte zugenommen. Verglichen mit anderen europäischen Ländern überlassen deutsche Männer auch in den neunziger Jahren immer noch weitgehend die unbezahlte Arbeit der Frau, auch wenn diese voll erwerbstätig ist. Dies stellt Frauen vor die Wahl, entweder eine sechzigstündige Arbeitswoche oder Abstriche an den Ansprüchen für Hausarbeit und Kinderbetreuung auf sich zu nehmen oder mit einer Teilzeitstelle Vorlieb zu nehmen.

Verglichen mit Deutschland kommen britische, schwedische und dänische Männer seit Mitte der achtziger Jahre auf einen höheren Anteil, nämlich auf etwa 70% der unbezahlten Arbeit von Frauen. Dies gilt jedoch nur, wenn die Frau voll beruflich arbeitet.

In Großbritannien zeigt sich im Vergleich der Zeitbudgeterhebungen von 1961, 1985 und 1995 eine relative Entlastung der Frauen, die jedoch durch eine absolute Verdopplung ihrer unbezahlten Arbeit von 2 auf 4 Stunden konterkariert wird. Gegenüber den Sechzigern haben die Männer ihre Mithilfe Mitte der achtziger und neunziger Jahre auf etwa 71% ausgeweitet (in Stunden verdreifacht). Dieser Zeitvergleich erlaubt allerdings keine Aussagen über die Dynamik innerhalb von Paaren, da es sich nicht um Panels handelt. Wohl aber ist mit dieser Momentaufnahme der Arbeitsteilung von verheirateten voll berufstätigen Frauen und Männern die vorsichtige Aussage möglich, daß der soziale Wandel der Arbeitsrollen in Richtung Gleichverteilung, aber keineswegs in Richtung Freizeitgesellschaft verläuft. Vielmehr wird die Gesamtbelastung für beide Geschlechter eher höher und liegt im Fall von Familien für beide Elternteile bei 70 Wochenstunden.

Zwar weisen Längsschnittdaten für Europa den Rückgang von Routinetätigkeiten im Haushalt um eine bis anderthalb Stunden am Tag zwischen den sechziger und achtziger Jahren aus (Gershuny, 1993, 41). Doch bedeutet dieser Strukturwandel der Haushaltsproduktion vor allem in den neunziger Jahren alles andere als ihren Bedeutungsverlust und Gewinne für selbstbestimmte Zeit, im Gegenteil: Nicht die Dienstleistungsgesellschaft ist die "postindustrielle Zukunft", wie es Meliorationstheorien prognostiziert haben, sondern der Dienstleistungs- und Selbstbedie-

nungshaushalt, auf den Markt und Staat immer neue Aufgaben abschieben, und der in der "neuen", meist auch für Zeitbudgetstudien unsichtbaren, Hausarbeit, die Leistungen und Ansprüche der Haushaltsmitglieder managen und ausbalancieren muß (vgl. von Schweitzer, 1995, 46f.). Die europaweite Konvergenz zu liberalen Wohlfahrtsregimes (vgl. Abschnitt 6) verstärkt diese Tendenz: Sie "entläßt" die bisher angeblich vom allumfassenden Versorgungsstaat umsorgten Individuen in die Selbstverantwortung und -vorsorge in sozialen und materiellen Dienstleistungen. Ob dieser Zuwachs an unbezahlter Arbeit "zunehmende Zeitsouveränität" bedeutet, wie von Schweitzer nahelegt (ebd.), ist fraglich.

Wie verändert sich nun die Arbeitsteilung durch die Elternschaft? Für diese Fragestellung ist es sinnvoll, in Teilzeit arbeitende Mütter und Väter einzubeziehen.[18] Auskunft gibt zunächst ein Querschnittsvergleich von Subsamples aus Dänemark 1987 und Großbritannien 1985 (vgl. Bonke, 1995). In Großbritannien wendete die Frau unter 45 Jahren 24 Wochenstunden für Hausarbeit auf, der Mann nur 14 (Quotient 60%). Dagegen ist in Dänemark die Teilung ausgeglichener: der Mann kommt auf 11, die Frau auf 15 Stunden (71%). Kommt ein Kind hinzu, verschärft sich die Ungleichheit in beiden Ländern: In England steigt die Belastung der Frau radikal um 18 Stunden, beim Mann "nur" um 5 Stunden. Die hier verwendete Maßgröße für die Mithilfe des Manns sinkt von 60% auf 44%.

[18] Deshalb wird für Deutschland der eigene Datensatz durch den des Statistischen Bundesamts für das gleiche Erhebungsjahr ersetzt.

Tabelle 8: Teilung der unbezahlten und bezahlten Arbeit in Familien von beiderseits berufstätigen Eltern in Wochenstunden. Mann: linke Spalte; Frau: rechte Spalte[19]

	Schweden Familien 1991	Dänemark Familien 1987	Gesamtdeutschland Familien 1991/92	Großbritannien Familien 1985	Großbritannien Familien 1995
unbezahlte Arbeit	26 - 38	13 - 29	20 - 39	19 - 43	23 - 45
Anteil Mann : Frau in %	68%	46%	53%	44%	52%
bezahlte Arbeit	43 - 33	51 - 31	48 - 30	38 - 13	46 - 26
Gesamtarbeit	69 - 71	65 - 60	68 - 69	57 - 56	69 - 71

Schweden 1991: 2.629 Erwerbstätige (zu 13% in Teilzeit) mit weiterer Person im Haushalt. Dänemark 1987 (eig. Ber. nach Bonke, 1995, 25). Gesamtdeutschland 1991/92: Ehepaare mit Kind(ern) unter 18 Jahren: Statistisches Bundesamt, 1995a, 41. Großbritannien 1995: N = 360 Verheiratete mit Kindern (32% in Teilzeit) an einem Stichtag.

Die schiefere Verteilung ist auch in Dänemark 1987 zu beobachten (46% gegenüber 71%). Auch dort übernimmt die Frau die Mehrbelastung durch Kinder. Überraschend zeigen sich ähnliche Verhältnisse für Großbritannien 1995 (52% gegenüber 68%) und Deutschland 1991/92 (53% gegenüber 57%)[20]: Überall zeigt sich im Vergleich zwischen kinderlosen Paaren und Familien eine Refeminisierung und Retraditionalisierung der Arbeitsteilung. In dieser Dimension nähern sich die ausgewählten europäischen Länder an, die im Fall der kinderlosen Paare weiter auseinander liegen: In allen Ländern ist der Beitrag des Manns in Familien zur Haushaltsarbeit geringer als in kinderlosen Paaren.[21] Bis auf die Ausnahme von

[19] Abweichungen der Summen durch Rundungen.

[20] Errechnet für Großbritannien 1995 aus dem Wert für Ehepaare ohne Kinder, beide berufstätig: Mann: 2,8 Stunden, Frau 4,1 Stunden unbezahlte Arbeit (sig. Differenz); für Deutschland aus dem Wert für Ehepaare ohne Kinder, beide berufstätig: Mann: 2,8 Stunden, Frau 4,9 Stunden unbezahlte Arbeit (Statistisches Bundesamt, 1995a, 41).

[21] Im Unterschied zu diesem Ergebnis berichten Elchardus und Glorieux in ihrer Zeitbudgetstudie über drei Tage im Leben von 213 Männern und 204 Frauen in Flamen 1988, daß während der Erstelternschaft das Zeitmuster der berufstätigen Männer "femininer" wird (Elchardus & Glorieux, 1994, S. 12). Das Leitbild der "neuen Väter" entspricht aber nur in bezug auf die Betreuung der Kleinkinder der Realität.

Schweden () übernimmt der Vater etwa halb so viel Familienarbeit wie die Mutter. In Schweden mit seinem Modell des "skandinavischen Geschlechtervertrags" (Mahon, 1995) ist es am ehesten gelungen, durch finanzielle und sozialrechtliche Anerkennung der Familienarbeit Männer zur Mitverantwortung zu ermuntern.

Gegenläufig zur Mehrbelastung von Frauen durch die Kinderbetreuung entwickelt sich die bezahlte Arbeitszeit. In allen Ländern ist der Mann bedeutend länger als die Frau beruflich tätig, und zwar auch, wenn die Frau im Vollzeitstatus arbeitet. Die Differenz liegt in der Spanne von 12 bis 25 Stunden. Deswegen ist die Gesamtarbeitsbelastung für beide Geschlechter nahezu ausgeglichen. Sie liegt zwischen 57 und 71 Stunden.

Zu ähnlichen Werten wie die Zeitbudgetstudie des Statistischen Bundesamts kommt die ISO-Studie 1995 für die Arbeitsteilung westdeutscher Familien auf der Basis von Befragungen (Schilling et al., 1996, 440f.): Frauen arbeiten rund 15 Stunden in der Woche weniger im Beruf als Männer (31 - 46), dafür 20 Stunden mehr für Haushalt und Familie (37 - 17). Das entspricht einem Anteil der Männer von 46%. Bezieht man also in Teilzeit arbeitende Frauen ein, verschiebt sich die Aufteilung der Arbeit im Haushalt auf die Frauen (50% bei voll berufstätigen Frauen). Ihre Gesamtarbeitszeit liegt bei 68, bei voll beschäftigten Müttern sogar bei 82 Stunden.[22]

Die Gesamtarbeitsteilung ist in England 1985 deutlicher am Geschlecht orientiert als in Dänemark. Bonke zeigt im historischen Vergleich, daß die Erklärungskraft des Geschlechts und Familienstands für die Arbeitsteilung im Großbritannien der achtziger Jahre mit dem Dänemark der sechziger Jahre vergleichbar ist. Während sich in England 1985 Geschlecht, Familienstand, Alter und Erwerbsstatus in einer multiplen Regressionsanalyse am wichtigsten erweisen, sind es in Dänemark 1987 Elternschaft und Bildungsgrad: Je höher ihr Bildungsabschluß ist, desto weniger Zeit setzen Frauen für Hausarbeit ein (Bonke, 1995, 25f.). Das askriptive Kriterium Geschlecht wird also durch das moderne "erworbene" Kriterium Bildungsabschluß zurückgedrängt. In dieser Hinsicht ist der Geschlechtervertrag in skandinavischen Ländern "moderner" als im Großbritannien der achtziger Jahre.

---

[22] In Ostdeutschland ist die Belastung der Familienväter mit 49 Stunden beruflicher Arbeit höher als im Westen, was ihre Beteiligung an der Familienarbeit einschränkt. Der Einsatz von dort meist voll berufstätigen Müttern für die Familie ist jedoch rund 7 Stunden geringer als im Westen.

Die Nivellierung der Geschlechterarbeitsrollen wird von einigen Autoren als Ergebnis der Modernisierung gesehen (Gershuny, 1993, 583). Konträr dazu gibt es die These einer Scheidung der Arbeitsrollen. Gershuny hat in seinen rezenten Publikationen in Auseinandersetzung mit diesen Extremen das Konzept der "verzögerten Adaptation" (Gershuny, 1995, 100) der Männer an die Erwerbsbeteiligung der Frauen entwickelt. In einem sozialen Prozeß des "second shift" müssen sich die Männer Kompetenzen zur Übernahme von Familienarbeit erst aneignen (wie die Bedienung einer Waschmaschine - 109). Endgültig wirksam wird dieser Wandel dann in der nächsten Generation der Männer.

Als Maßzahl für den Grad der Ungleichverteilung verwendet er den "dodl"-Index (division of domestic labor), der bei 1 liegt, wenn die Frau alles, und bei 0, wenn der Mann alles erledigt. Im Querschnittsvergleich von SOEP-Daten stellt er eine Mehrbeteiligung des Manns je nach unterschiedlicher Erwerbsintegration der Frau fest (0,91 bei Nur-Hausfrauen, 0,86 bei Teilzeit- und 0,77 bei Vollzeitarbeit der Frau). Jedoch erlauben solche Querschnitte keine kausale Interpretation der Anpassung des Mannes an die veränderte Erwerbsrolle, da gerade umgekehrt egalitär eingestellte Paare die Bereitschaft von Frauen zur Aufnahme einer vollen Berufstätigkeit befördern können.

Deshalb plädiert der Autor für ein Längsschnittdesign (Gershuny, 1995), das er mit den Wellen des SOEP 1985-1989 bearbeitet hat: Die Ergebnisse geben in der Tat Hinweise auf einen graduellen Rollenwechsel: In all den Jahren, nachdem der Mann aus seiner vollen Berufstätigkeit arbeitslos oder verrentet wurde, wurde die Arbeitsteilung in den betreffenden Paaren egalitärer. Auch nachdem die vorher nicht erwerbstätige Frau eine Vollzeitstelle angenommen hatte oder von Teilzeit auf Vollzeit gewechselt hatte, wurde das Verhältnis egalitärer (ebd., 116). Eine Symmetrie wurde aber nicht erreicht. Je länger die Frau in Vollzeit beschäftigt ist, desto eher kann im Prozeß der "verzögerten Geschlechterresozialisation" die Arbeit von der Frau auf den Mann umverteilt werden (ebd., 102). Allerdings räumt der Autor selbst ein, daß die Umverteilung im wesentlichen auf einer Reduktion der weiblichen Hausarbeit beruht (ebd., 118f.).

Zudem lassen sich methodisch sich gegen die These von Gershuny einige Vorbehalte anmelden: Er selbst nennt die Alternative "exit", der Abwanderung der unzufriedenen Frauen aus der Beziehung bzw. Vollzeitbeschäftigung, so daß nur die

zufriedenen Frauen in der Panel-Stichprobe "überleben" (ebd., 105). Auch kann die Panelmortalität zur nicht neutralen Selbstselektion führen.[23]

Wichtiger ist, daß die Angaben nicht auf Tagebuchaufzeichnungen, sondern auf den Auskünften der Männer auf die Frage beruhen: "Wieviel Zeit verwenden Sie durchschnittlich für...?" Es ist nicht ausgemacht, ob ihre höheren Zeitangaben Verhaltens- oder Einstellungsänderungen wiedergeben und so zu einer geschlechtsspezifischen Überschätzung führen. In der Tat hat sich der Legitimationsdruck für Partner von erwerbstätigen Frauen erhöht. Es stellt sich das Problem, inwieweit die Angaben nicht vielmehr diesen Wertewandel widerspiegeln. Die weitere Forschung wird deshalb an Paneldaten nicht vorbeikommen, wie Gershuny eindrucksvoll gezeigt hat, die allerdings nur aussagekräftig sind, wenn es sich um "harte" Tagebuchaufzeichnungen handelt.

Aufschluß über die Arbeitsteilung gibt auch die Beteiligung der Frauen und Männer an verschiedenen Tätigkeitsfeldern. Das Statistische Bundesamt (1995b, S. 103) weist die Beteiligungsgrade an einem der drei Berichtstage von voll erwerbstätigen Ehefrauen bzw. Ehemännern aus. In der Tabelle 9 sind die Differenzwerte zwischen weiblicher und männlicher Beteiligung errechnet, um das Profil weiblicher Familienarbeit abzubilden und mit aktuellen spanischen Daten zu vergleichen. In der Liste nimmt die Dominanz von Frauen in den Tätigkeiten nach unten zu.

[23] Eine Kontrolle der Ausfälle fand nach meinen Informationen nicht statt.

Tabelle 9: Profil weiblicher Familienarbeit: Differenz im Beteiligungsgrad von Frauen zu Männern in Prozent

Tätigkeitsbereich	Statistisches Bundesamt Deutschland 1991/92 verheiratete Erwerbstätige über 30 Stunden	ALLBUS Deutschland 1994 1.821 Befragte aus erwerbstätigen Paaren "Wer macht meistens..."	CIRES Spanien 1993 676 Befragte aus Paarhaushalten "Wer macht meistens..."
Handwerkliche Tätigkeiten	-31	-81	-60
Betreuung von Kindern	-2		59
Betreuung von Kranken		53	.
alle hauswirtschaftliche Tätigkeiten	6		.
Behördengänge, organisatorische und dispositive Dinge des Haushalts	6		.
Pflanzen- und Tierpflege	15		.
Beköstigung	22		84
Einkäufe	24	40	72
Pflege und Reinigung von Haus und Wohnung	42		.
Wäschepflege	57	89	80

Eig. Ber. nach Statistisches Bundesamt, 1995b, 103 und nach CIRES-Daten aus Spanien. Auswahl der Fälle mit Antworten: eher Mann, Frau und beide.

In Spanien hat sich das patriarchalische Rollenteilungsmuster verglichen mit Deutschland noch stärker erhalten. In Deutschland gibt es Bereiche der Haushaltsproduktion wie das Kochen, in der sich die traditionellen Geschlechtsrollen verwischen: Drei von vier Ehemännern beteiligen sich daran, die weibliche Dominanz ist hier nicht mehr so stark wie früher. Dies gilt nicht für Spanien. Offenbar verliert durch die zunehmende Ausstattung der Haushalte mit Gerätetechnik (Mikrowellen) und durch die entsprechenden Konsumgüter (Tiefkühlkost) die tradierte Frauenarbeit Kochen langsam ihren Geschlechtscharakter. Vermutlich wirkt in den neuen Kohorten der Ehemänner auch ein Generationseffekt: Die in der Phase "der zunehmenden Haushaltstechnisierung" aufgewachsene Generation und noch stärker die "Computergeneration" haben in ihrer Jugend gemeinsame Erfahrungen mit den technischen Innovationen ihrer Zeit gesammelt (Sackmann & Weymann, 1994). Das Zubereiten einer Mahlzeit in der Mikrowelle war für sie bereits in der Herkunftsfamilie Alltagserfahrung.

Überraschend ist dagegen Einkaufen nach wie vor eine Frauendomäne, wohl auch wegen der im Schnitt um eine Stunde längeren Berufsarbeit des Ehemanns, die ihn vor verschlossenen Läden stehen läßt. Haben Männer Gleitzeit, steigt ihre Beteiligung von 41% auf 51% (Statisches Bundesamt, 1995b, S. 112f.): Die Berufsarbeit des Manns ist also bislang sowohl im Tagesverlauf wie auch im Lebensverlauf so angelegt, daß seine Beteiligung an Haushaltsaufgaben erschwert wird.

6. Europäische Politik zur Umverteilung der Arbeit zwischen den Geschlechtern

6.1 Maßnahmen in der europäischen Sozial- und Familienpolitik

In diesem Politikbereich ergibt sich wie für die gesamte soziale Dimension der europäischen Einigung das gleiche Bild: Während die wirtschaftliche Verflechtung immer tiefer wird, bleibt deren sozialpolitische Absicherung dürftig. Die Gemeinschaftscharta der sozialen Grundrechte, die Mindeststandards für familienfeindliche Höchstarbeitszeiten, Wochenend-, Schicht- und Nachtarbeit und andere "atypische" Beschäftigungen vorsah, wurde bislang nicht in die nationale Gesetzgebung implementiert, die Novellierung des deutschen Arbeitszeitgesetzes 1994 bedeutet in mancher Hinsicht einen Rückschritt.

Was für die Gestaltung der Arbeitszeit insgesamt gilt, stellt sich auch und besonders für die Harmonisierung des Familien- und Berufslebens: Auf europäischer Ebene hat es bisher keine systematischen und zielführenden politischen Maßnahmen gegeben (Schunter-Kleemann, 1994, 218). Das Weißbuch der Kommission zur europäischen Sozialpolitik konstatiert: "Es ist ein höheres Maß an Solidarität zwischen Männern und Frauen erforderlich, wenn Männer eine größere Verantwortung im Hinblick auf Pflegeaufgaben ... übernehmen sollen..." (Europäische Stiftung, 1995, 5). Doch bleibt es zum großen Teil bei solchen Appellen, die ignorieren, daß es strukturelle Hindernisse für eine Umverteilung von Familienaufgaben gibt.

Richtlinienentwürfe der Kommission zur "freiwilligen Teilzeitarbeit" und zum "Elternurlaub", die soziale Sicherungslücken für Frauen schließen und Vätern eine Beteiligung an der Familienarbeit ermöglichen sollen, wurden lange Zeit von der britischen und deutschen Regierung blockiert (Schunter-Kleemann, 1994, 221).

Mittlerweile ist zumindest die Richtlinie zum Elternurlaub, die ein Minimum an Freistellung vorsieht, verabschiedet.

Empfehlungen zum Ausbau der Kinderbetreuung wurden ebenso mit dem Argument der "Subsidiarität" von europäischer und nationaler Politik verhindert (ebd., 222). Diese Formel besagt inhaltlich, daß die Regimes, die sich auf nationaler Ebene entwickelt haben und die wie gesehen frauen- und familienfeindliche Züge tragen, auch durch europäische Politik nicht antastbar sein dürfen.

Je dringlicher mit der Ausweitung atypischer Beschäftigung - zumal für Frauen - eine europäische Regelung wird, desto stärker werden die Blockaden gegen eine Re-Regulierung. Notwendige gesamteuropäische Regelungen werden durch die nationale Standortpolitik der Deregulierung konterkariert. Bis 1995 war der seit 10 Jahren diskutierte Richtlinienvorschlag zum sozialrechtlichen Schutz von atypischen Arbeitsverhältnissen nicht realisiert (Kommission, 1995b, 9), u.a. weil die vorgeschriebene Einstimmigkeit nicht erzielt wurde (Schnorpfeil, 1994, 37).

In der Ausgestaltung einer europäischen Familien- und Sozialpolitik treffen die nationalen Regimes aufeinander und es ist eine Frage der ökonomischen und politischen Ressourcen, welches sich durchsetzt: das skandinavische Modell, das deutsche Modell der Versorgerehe oder das liberale britische Modell (Schunter-Kleemann, 1994, 234). Allerdings finden sich für die vielfach von Frauenforscherinnen behauptete Politik "Frauen zurück an den Herd" (ebd., 235) wenig Belege. Vielmehr nähert sich das "Modell Deutschland" dem liberalen Vorbild Großbritanniens an: Teilzeitarbeit für Frauen und für Männer wird politisch forciert, und die Aushandlung der zugehörigen Einkommen wird den Marktkräften überlassen. Auch die interne Arbeitsteilung der Familienmitglieder wird weitgehend dem Spiel der Familienkräfte überlassen - gerade mit der Beschränkung auf Appelle an die Familienverantwortung von Betrieben und Männern.

6.2 Konvergenz zum Neoliberalismus auf dem Weg zur EWWU

Als historische Gründe für den spezifisch europäischen Weg der Sozialpolitik gelten in der Diskussion die europäische Kleinfamilie, der Problemdruck durch die Industrialisierung, die Stärke der Arbeiterbewegung und die europäische Tradition öffentlicher Sicherheit genannt (Immerfall, 1994, 90). Diese Faktoren, die für die Entstehungsphase ihre Gültigkeit hatten, haben im Lauf der Entwicklung an Geltung verloren: Die europäische Kleinfamilie verliert ihr Monopol unter den Le-

bensformen (vgl. 3.1) und damit wird auch die Basis der subsidiär angelegten Sozialpolitik untergraben. Die Gewerkschaften verlieren europaweit in ihrem Einfluß auf die Sozial- und Arbeitszeitpolitik. Und schließlich: Die "soziale Frage" schieben derzeit die politischen Eliten in Nationalstaaten zur Seite, da sie die Standortsicherung zum wichtigsten Kriterium erklärt haben. Deshalb gilt vielen Entscheidungsträgern auch die europäische "Tradition" der sozialen Regulierung nicht als Richtschnur, sondern vielmehr als "Verkrustung", die schnell abgebaut werden muß.

Die Frage der "Finanzierbarkeit", der Belastbarkeit ihrer Haushalte und Währungen stellt sich den europäischen Regierungen seit Maastricht 1993 in ganz neuer Weise: Für alle, auch für die Hüter harter Währungen, aber insbesondere für die Weichwährungsländer, ist damit ein unerbittlicher Test darauf ausgerufen worden, inwieweit sie sich die "unproduktiven Kosten" einer Sozial- und Familienpolitik für die Härte ihrer Währung noch leisten können. Eine Senkung der sozialen Standards als Handlungsfeld nationaler Standortpolitik ist wahrscheinlich, da gerade dieser Bereich im Binnenmarkt der EU von einer gemeinschaftlichen Regelung weitgehend ausgenommen ist, also den Nationalstaaten als Aktionsparameter ihrer eingeschränkten Politik verbleibt. Daß soziale Standards mit der Währungs- und Standortpolitik bedroht sind, wissen sie, wenn sie beteuern, "... daß die Wirtschafts- und Währungspolitik nicht zwangsläufig (!) zu einer Senkung sozialer Standards führen muß" (Kommission, 1995b, 13). Stellvertretend für viele resümiert Reinhard, 1995 (55) "Anzeichen für einen Sozialabbau" durch "Nichtanpassung der Leistungen, ... Leistungskürzungen oder ¼ Verschärfung von Anspruchsvoraussetzungen".

Unsere These ist, daß die in den siebziger Jahren gereiften Unterschiede der Wohlfahrtsregimes in den neunziger Jahren geringer werden und das "liberale Modell" die anderen diffundiert. Die gleiche Entwicklung läßt auch die großen europäischen Parteien immer ähnlicher werden. Legt man als Kriterium mit Esping-Andersen den Grad zugrunde, in dem das Individuum nicht ausschließlich auf Lohneinkommen angewiesen ist, wird auf fast allen Ebenen und in allen Ländern eine Rückwärtsbewegung um Umstellung auf Formen der Selbstverantwortung sichtbar.

Als Beitrittsvoraussetzung zur EWWU nennt der EUV, Art. II.6 Konvergenzkriterien: eine Begrenzung der Inflationsrate, des laufenden Budgetdefizits, der gesamten Staatsverschuldung sowie des langfristigen Zinssatzes. Alle vier Kriterien zielen auf die Stabilität der nationalen Währung. Der Vertrag von Maastricht zeigte

nicht erst 1999, sondern bereits kurz nach seiner Vereinbarung die ersten Wirkungen: Um ihre Währung stabiler zu machen, unterziehen die Staaten ihren Haushalt einer kritischen Prüfung, insbesondere alle darin enthaltenen sozialen Leistungen.

Auch das schwedische Wohlfahrtsmodell gerät durch den EU-Beitritt im Jahr 1995 und die Vorbereitung auf die EWWU in Legitimations- und Spardruck. Zur Eindämmung des Haushaltsdefizits von über 90% des BIP (60% sind erlaubt) sollen die Ausgaben v.a. im sozialen Bereich um mehr als 3% gekürzt werden. Einiges spricht für die Befürchtung der Euro-Skeptiker, daß Schweden, Finnland und Dänemark sich das relativ hohe Niveau ihrer sozialen Sicherung für Frauen und Familien nicht mehr leisten können (vgl. Schunter-Kleemann 1994, 202). Nichts kann die Bedeutung von makrostrukturellen Vorgaben besser verdeutlichen als der drastische Einbruch der Geburtenziffern, den Schweden ähnlich wie die neuen Bundesländer nach der Wende erlebte: 1995 kamen dort ein Fünftel Kinder weniger zur Welt als 1990: Im gleichen Jahr hatte die schwedische Regierung Einschnitte in sozialen Leistungen für Eltern u.a. verkündet bzw. begonnen. Das Kindergeld wurde gekürzt und Sonderzulagen für Eltern von zwei und mehr Kindern gestrichen (Süddeutsche Zeitung 3.1.1996, 10).

LITERATUR

Alwin, D.F., Braun, M. & Scott, J. (1992). The separation of work and the family: Attitudes towards women's labour-force participation in Germany, Great Britain, and the United States. ZUMA-Arbeitsbericht 92/22. Mannheim.

Bahle, T. (1996). Familienarbeit und Typen der Familienpolitik im internationalen Vergleich. Vortrag auf der Fachtagung "Neubewertung der Familienarbeit in der Sozialpolitik - Probleme und Perspektiven" des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg am 24. und 25.10.1996 in Bamberg.

Baratta, M. von (Hrsg.) (1996). Der Fischer Weltalmanach 1997. Frankfurt am Main: Fischer.

Bonke, J. (1995). Los conceptos de trabajo y de cuidado y atención: una perspectiva economíca. In: Duran, M.A. et al. (Hrsg.). Politica y Sociedad. Revista de la Universidad Complutense Facultad de Ciencias Políticas Y Sociología, 19 (19 - 32). Madrid.

Bornschier, V. (1993). Westliche Gesellschaft im Wandel. Frankfurt/Main, New York: Campus.

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Hrsg.) (1995). DIW Wochenbericht 23. Berlin.

Dienel, C. (1994). Familienpolitik und Armutsbekämpfung in den 12 Ländern der EG. Aus Politik und Zeitgeschichte, 7/8, 22-31.

Duran, M.A. (1996). The enlarged national accounts in Spain. Paper prepared for the International Association for Time Use Research Conference Vienna, September 2-4.

Durkheim, E. (1977). Über die Teilung der sozialen Arbeit. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Elchardus, M. & Glorieux, I. (1994). The search for the invisible 8 hours. The gendered use of time in a society with a high labour force participation of women. Time and Society, 1 (3), 5-29.
Engels, F. (1975). Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. In: K. Marx & F. Engels, Ausgewählte Schriften in zwei Bänden, Band II (155-301). Berlin: Dietz.
Esping-Andersen, G. (1990). The three worlds of welfare capitalism. Cambridge: Polity Press.
Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Hrsg.) (1995). Neues von der Stiftung (46). Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
EUROSTAT (Hrsg.) (1994). Facts through figures. A statistical portrait of the EEA. Luxemburg.
EUROSTAT (Hrsg.) (1995). Jahrbuch 1995. Luxemburg.
Fürstenberg, F. (1995). Soziale Handlungsfelder. Opladen: Leske u. Budrich.
Garhammer, M. (1994). Balanceakt Zeit - Auswirkungen von flexiblen Arbeitszeiten auf Alltag, Freizeit und Familie. Berlin: Edition Sigma.
Garhammer, M. (1996). Auf dem Weg zu egalitären Geschlechterrollen? Familiale Arbeitsteilung im Wandel. In: H.P. Buba & N.F. Schneider (Hrsg.). Familie zwischen gesellschaftlicher Prägung und individuellem Design (319-336). Opladen: Westdeutscher Verlag.
Garhammer, M. (1997). Globalisierungskonzepte in der Soziologie. I.V. für Berliner Journal für Soziologie, 3.
Geissler, B.: Einleitung zum Kapitel "Familie und Beruf". In: Vaskovics, L.A. unter Mitarbeit von Garhammer, M. (Hrsg.) (1995). Soziologie familialer Lebenswelten (231-235). München: Oldenbourg.
Gelles, R. J. (1995). Contemporary families. A sociological view. Thousand Oaks u.a.: Sage.
Gershuny, J. (1993). Post-industrial convergence in time allocation. Futures, 25, 578-586.
Gershuny, J. (1995). Veränderungen bei der Arbeitsteilung im Haushalt: Mikrosoziologische Analysen. In: Zapf, W., Schupp, J. & Habich, R. (Hrsg.). Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt (97-124). Frankfurt/Main, New York: Campus.
Gershuny, J. (1996). Longitudinal analysis of questionnaire time-use data. Paper prepared for the International Association for Time Use Research Conference, Vienna, September 2 - 4, 1996.
Giddens, A. (1995). Konsequenzen der Moderne. Frankfurt/Main: Suhrkamp (Orig. 1990).
Halleröd, B. (1996). Deprivation and poverty: A comparative analysis of Sweden and Great Britain. Acta Sociologica, Journal of the Scandinavian Sociological Association. 39, (2), 141-168.
Hartmann, T. (1988). Ehe und Familie - Institutionalisierung und Deinstitutionalisierung. In: Lüscher, K. Schultheis, F. & Wehrspaun, M. (Hrsg.) Die postmoderne Familie: Familiale Strategien und Familienpolitik in einer Übergangszeit (145-159). Konstanz: Universitätsverlag.
Hradil, S. (1992): Sozialstruktur und gesellschaftlicher Wandel. In: Gabriel, O. W. (Hrsg.) Die EG-Staaten im Vergleich (50-94). Opladen: Westdeutscher Verlag.

Immerfall, S. (1994). Einführung in den Europäischen Gesellschaftsvergleich, Ansätze - Problemstellungen - Befunde. Passau: Wissenschaftsverlag Richard Rothe.
Internationales Arbeitsamt (Hrsg.) (1994). Promoting harmony between work and family: The role of support and flexible working arrangements. World Labour Report (7), 27-53. Genf: International Labour Office.
Kaufmann, F.-X. (1990). Zukunft der Familie. Stabilität, Stabilitätsrisiken und Wandel der familialen Lebensformen sowie ihre gesellschaftlichen und politischen Bedingungen. Schriftenreihe des Bundeskanzleramtes, 10. München: Beck.
Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Kommission) (Hrsg.) (1993). Beschäftigung in Europa 1993. Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. Luxemburg.
Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (1994). Beschäftigung in Europa 1994. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
Kommission der Europäischen Gemeinschaften, Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten (Hrsg.) (1995a). Beschäftigung in Europa 1995. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
Kommission, Generaldirektion Beschäftigung, Arbeitsbeziehungen und soziale Angelegenheiten (Hrsg.) (1995b): Beiträge zur Erstellung eines Weißbuchs über europäische Sozialpolitik. Soziales Europa. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (1996). Beschäftigung in Europa 1996. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.
Künzler, J. (1994): Familiale Arbeitsteilung. Die Beteiligung von Männern an der Hausarbeit. Bielefeld: Kleine.
Lawson, R. (1996). Eine konservative Revolution? Thatcher, Major und der britische Wohlfahrtsstaat. WSI-Mitteilungen, (4), 263-272.
Lessenich, S. (1995). Wohlfahrtsstaat, Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Spanien. Eine exemplarische Analyse postautoritären Wandels. Opladen: Leske u. Budrich.
Lohkamp-Himmighofen, M. (1994). Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Die Situation in den zwölf Ländern der EG. Aus Politik und Zeitgeschichte, 7/8, 3-13.
Luhmann, N. (1988). Sozialsystem Familie. System Familie, 1 (2), 75-91.
Mahon, E. (1995). Contratos de género y políticas de cohesión social. In Duran, M.A. et al. (Hrsg.). Politica y Sociedad. Revista de la Universidad Complutense Facultad de Ciencias Políticas Y Sociología, 19 (61-74). Madrid.
Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.) (1996). Arbeitszeit '95. Arbeitszeitstrukturen und Arbeitszeitwünsche. Düsseldorf: MAGS
Münch, R. (1993). Das Projekt Europa. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Münch, R. (1995). Dynamik der Kommunikationsgesellschaft. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
Neubauer, E. (1994). Alleinerziehende in den 12 Ländern der EG. Familienform mit wachsender Bedeutung. Aus Politik und Zeitgeschichte, 7-8, 14-21.
Oberhuemer, P. (1995). Tageseinrichtungen in Europa. Gesellschaftliche Akzeptanz und pädagogische Funktion. Theorie und Praxis der Sozialpädagogik (4), 230 - 233.

Opaschowski, H.W. (1997). Deutschland 2010. Wie wir morgen leben - Voraussagen der Wissenschaft zur Zukunft unserer Gesellschaft. Hamburg: British-American-Tobacco.

Ostner, I. (1996). Frauengerechtigkeit und Familienpolitik. Vortrag auf der Fachtagung "Neubewertung der Familienarbeit in der Sozialpolitik - Probleme und Perspektiven" des Staatsinstituts für Familienforschung an der Universität Bamberg, 24./25.10.1996. Bamberg.

Ostner, I. & Aila-Leena, A. (1996). Ernährernormen, Familienpflichten und soziale Dienste. In: Treptow, R. (Hrsg.), Internationaler Vergleich und soziale Arbeit: Theorie, Anwendung und Perspektive (65-88). Rheinfelden: Schäuble.

Pfau-Effinger, B. (1994). Erwerbspartnerin oder berufstätige Ehefrau. Sozialkulturelle Arrangements der Erwerbstätigkeit von Frauen im Vergleich. Soziale Welt, 45, 322-338.

Pfau-Effinger, B. (1996). Analyse internationaler Differenzen in der Erwerbsbeteiligung von Frauen. Theoretischer Rahmen und empirische Ergebnisse. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 48 (3), 462-492.

Popenoe, D. (1987). Beyond the nuclear Family: A statistical portrait of the changing family in Sweden. Journal of Marriage and the Family, 49, 173-185.

Reinhard, H.J. (1995). Private Haushalte auf dem Weg ins vereinte Europa - Probleme und Perspektiven einer Europäischen Sozialpolitik. Hauswirtschaft und Wissenschaft (2), 51-56.

Rothenbacher, F. (1995): Household and family trends in Europe: From convergence to divergence. Eurodata Newsletter, 1, 3-9.

Schilling, G., Bauer, F. & Groß, H. (1996). Arbeitszeiten, Arbeitszeitwünsche und Zeitverwendung in Deutschland - Ergebnisse einer aktuellen Beschäftigtenbefragung in West- und Ostdeutschland. WSI-Mitteilungen (7), 431 - 441.

Schnorpfeil, W. (1994). Die Europäisierung sozialpolitischer Teilbereiche in der Europäischen Gemeinschaft. Arbeitspapiere des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung AB II, 4. Mannheim.

Schunter-Kleemann, S. (1993). Herrenhaus Europa - Geschlechterverhältnisse im Wohlfahrtsstaat. Berlin: Edition Sigma.

Schunter-Kleemann, S. (1994): Sozialrechtliche Behandlung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf EG-Ebene. In: G. Bäcker & B. Stolz-Willig (Hrsg.), Kind, Beruf, soziale Sicherung. Zukunftsaufgabe des Sozialstaats. (197-235). Köln: Bund.

Schweitzer, R. von (1995): Strukturwandel der Haushaltsproduktion. In: Gräbe, S. (Hrsg.): Private Haushalte und neue Arbeitsmodelle. Arbeitsmarkt und Sozialpolitik im Kontext veränderter Lebensformen (39-52). Frankfurt/Main, New York: Campus.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1995a). Die Zeitverwendung der Bevölkerung. Methode und erste Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92. Tabellenband I. Wiesbaden: Eigenverlag.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1995b). Die Zeitverwendung der Bevölkerung. Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 1991/92. Erwerbstätigkeit und Freizeit. Tabellenband IV. Wiesbaden: Eigenverlag.

Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (1995c). Statistisches Jahrbuch 1994. Stuttgart: Metzler-Poeschel.

Szalai, A. (Hrsg.) (1972). The use of time. The Hague: Mouton.

Therborn, G. (1995). European modernity and beyond. The trajectory of European societies 1945-2000. London, Thousand Oaks, New Dehli: Sage.

UNICEF (Hrsg.) (1994). Zur Situation der Kinder in der Welt. New York: United Nations.
Vaskovics, L.A., Garhammer, M., Schneider, N.F. & Kabat vel Job, O. (1994). Familien- und Haushaltsstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland und der DDR 1980-1989 - ein Vergleich. Materialien zur Bevölkerungswissenschaft, Sonderheft 24. Wiesbaden: Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung.
Vaskovics, L.A., unter Mitarbeit von Garhammer, M. (Hrsg.) (1995). Soziologie familialer Lebenswelten. Sonderheft 3 der Soziologischen Revue. München: Oldenbourg.
Vaskovics, L.A. & Rupp, M. (1996). Partnerschaftskarrieren. Entwicklungspfade nichtehelicher Lebensgemeinschaften. Opladen: Westdeutscher Verlag.
Walwei, U. (1995). Beschäftigungswunder durch Förderung der Teilzeitarbeit? Das niederländische Modell im europäischen Kontext. Arbeit und Sozialpolitik, 49, 3-4, 13-24.

Anschrift des Verfassers:

Dr. Manfred Garhammer
Universität Bamberg
Lehrstuhl für Soziologie I

96045 Bamberg